

# Frieden im Sudan JETZT!



## Memorandum

der Gesellschaft für bedrohte Völker - Mai 2010

### Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat  
der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

---

Arbil - Bern - Göttingen/Berlin - Groningen - Luxemburg - New York -  
Pristina - Sarajevo/Srebrenica - Temuco - Wien

## Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024  
D-37010 Göttingen  
Telefon ++49 (0)551 49906-0  
Fax ++49 (0)551 58028  
info@gfbv.de  
www.gfbv.de



Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01

### IMPRESSUM:

Text: Ulrich Delius, Julia Hansmeyer  
Layout: Hanno Schedler  
Titelphoto: Mia Farrow  
Preis: 3,50 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Mai 2010

## Inhaltsverzeichnis:

<b>Frieden im Sudan JETZT!</b>	Seite
1, Umstrittene Wahlen im Sudan	5
2. Südsudan: Warten auf Unabhängigkeit	7
3. Im Südsudan droht Hungersnot	10
4. Darfur: Vage Hoffnung auf Frieden	13
5. Staudammbau im Nordsudan - Ohne Rücksicht auf Mensch und Kultur	17
6. Beja im Ostsudan fordern Rechte	30
7. LRA-Terror schürt Gewalt im Südsudan	33
8. Anhang: Übersicht über ethnische Gruppen im Südsudan	35



## 1. Umstrittene Wahlen im Sudan



Omar Hassan al-Bashir

Zum ersten Mal seit 24 Jahren fanden im Sudan Ende April 2010 mehrtägige Wahlen statt, in denen der Staatspräsident, die Abgeordneten des nationalen Parlaments und die lokalen Vertretungen bestimmt werden sollten. Zwar gelobte Sudans Diktator Omar Hassan al-Bashir im Vorfeld des Urnengangs „freie und faire Wahlen“ (BBC, 8.4.2010). „Die Wahlen werden frei, sauber und beispielhaft sein, weil dies eine religiöse Verpflichtung ist“, erklärte der umstrittene Staatspräsident. Doch niemand erwartete einen Wahlgang, der rechtsstaatlichen Maßstäben gerecht würde. Die meisten großen Oppositionsparteien hatten sich wegen unfairer Bedingungen und Unregelmäßigkeiten bereits Wochen vor den Wahlen zu einem Boykott entschlossen. In Darfur konnten die meisten Flüchtlinge nicht ihre Stimme abgeben.

Doch die internationale Gemeinschaft maß den Wahlen große Bedeutung zu, wurden sie doch als Prüfstein für das gemäß dem Umfassenden Friedensabkommen (CPA) für Januar 2011 geplante Referendum über die Zukunft des Südsudan gesehen. Ausländische Menschenrechtsorganisationen und Regierungen entsandten Wahlbeobachter, die die Rechtmäßigkeit des Urnengangs überprüfen sollten. Schon Monate vor der Wahl warnten einige dieser Missionen vor drohenden Wahlfälschungen und einem Fiasko der Abstimmung. Wenige Tage vor der Wahl zog die Europäische Union sogar aus Protest ihre Wahlbeobachter aus Darfur zurück, weil sie ihre Sicherheit gefährdet sah.

### Wahlen als Prüfstein für das Referendum

Doch bei der Bewertung des Wahlprozesses bestimmte Wunschdenken die Kommentare der meisten ausländischen Regierungen und Organisationen. Um jeden Preis sollten die Wahlen zu einer Erfolgsgeschichte erklärt werden, um den Sudan zu stabilisieren und die weitere Umsetzung des CPA nicht zu gefährden. Niemand machte sich Illusionen über die bevorstehende Wiederwahl des steckbrieflich vom Internationalen Strafgerichtshof (International Criminal Court, ICC) gesuchten amtierenden Staatspräsidenten al-Bashir. Sein erwarteter Wahlsieg wurde als notwendige Konzession an den Nordsudan angesehen, damit die Volksabstimmung über den Südsudan wie geplant im Jahr 2011 stattfinden kann. Dabei hätte auch der Nordsudan etwas anderes verdient als die Bestätigung der despotischen Herrschaft von al-Bashir. Schließlich gibt es auch dort zahlreiche demokratische Oppositionsparteien und eine politisch mündige Zivilgesellschaft, die zu einer Ablösung des Diktators und einer breiteren Demokratisierung des Landes drängt. Da es keinen fairen Wahlkampf gab, sahen diese Parteien jedoch keine Chance, al-Bashir ernsthaft aus dem Amt zu drängen. Er konnte schließlich 68 Prozent der Wählerstimmen für sich verbuchen.

Viele Nordsudanesen fürchten nun, die internationale Gemeinschaft könnte diese Wahlfarce als ausreichenden Beitrag des Auslands zur Förderung der Demokratie im Sudan sehen. Doch das CPA sah sehr viel weitgehendere Initiativen zur Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit im Sudan vor. Wer langfristig

Frieden und Gerechtigkeit im Sudan sichern will, muss mehr tun, als eine vermeintlich „freie“ Wahl eines Diktators zu rechtfertigen.

### Massive Wahlfälschung

Zwar schraubte der russische Sudan-Sondergesandte bereits die Erwartungen an die Wahlen herunter, als er vor Öffnung der Wahllokale von „afrikanischen Maßstäben“ sprach, denen die Wahl nur genügen müsse. Auch die Afrikanische Union erinnerte in ihrer Bewertung der Wahlen an Jahre der Repression, des Bürgerkriegs und der Unterentwicklung, von denen das Land bis heute gezeichnet sei.

Doch das Ausmaß der Wahlfälschungen übertraf alle zuvor geäußerten Befürchtungen. So trafen Wahlurnen zu spät in den Wahllokalen ein, Wahlbüros öffneten später als angekündigt und in einigen Lokalen gab es zu wenige Wahlurnen. Manche Wähler waren in den Listen nicht registriert, andere durften trotz fehlender Eintragung wählen gehen, zum Teil stimmten sogar auch Kinder ab. In einigen Büros wurden die Wähler gedrängt, für die Partei des amtierenden Staatspräsidenten zu stimmen. Mitarbeiter der Regierungspartei machten trotz eines Verbots unmittelbar vor Wahllokalen Werbung für ihre Kandidaten. Auch wurden Namen von Bewerbern oppositioneller Parteien auf dem Stimmzettel bewusst falsch geschrieben.

Während die meisten afrikanischen Staaten die Wahlen als erfolgreich beschrieben, äußerten Wahlbeobachter aus der Europäischen Union und der US-Regierung schwere Vorbehalte gegenüber dem Wahlverlauf und dem Ergebnis. „Weder frei, noch fair“ seien die Wahlen gewesen und hätten auch nicht den üblichen internationalen Standards entsprochen, erklärte ein Sprecher des US-Außenministeriums (*Sudan Tribune*, 19.4.2010).

### Überraschende Wahlergebnisse im Südsudan

Wie umstritten die Wahlen bei Südsudanese waren, macht das wankelmütige Verhalten der in Khartum mitregierenden südsudanesischen SPLM/A-Bewegung deutlich. Hatte die ehemalige südsudanesische Freiheitsbewegung zunächst ihre Teilnahme an den Wahlen fest zugesagt, so erklärte ihr Spitzenkandidat Yasir Saeed Arman wenige Tage vor der Abstimmung seinen Rückzug. Später bekräftigte der SPLM/A-Vorsitzende Salva Kiir, seine Bewegung werde die Wahlen nicht boykottieren, doch de facto zog sich die SPLM/A im Nordsudan aus den Wahlen zurück. Aufgrund der Wahlfälschungen bezweifelt die SPLM/A die Rechtmäßigkeit des Wahlergebnisses, sieht jedoch mangels unabhängiger Gerichte keine Möglichkeit, das Resultat ernsthaft in Frage zu stellen.

Auch im Südsudan gab es einige überraschende Ergebnisse. Bei Regionalwahlen konnten sich auch einige Kandidaten oppositioneller südsudanesischer Parteien zum Unwillen der bislang unbegrenzt regierenden SPLM/A durchsetzen. Die SPLM/A-Führung spielte diese Misserfolge in der Öffentlichkeit herunter, doch sind diese Ergebnisse einerseits Ausdruck der großen Beliebtheit einiger südsudanesischer Oppositionspolitiker und zugleich Zeichen der wachsenden Unzufriedenheit von Südsudanese mit der SPLM/A. Einige der unterlegenen Oppositionskandidaten kündigten an, gegen das Wahlergebnis im Südsudan Beschwerde einzureichen.

Trotz der Kritik an den Wahlresultaten im Nord- und Südsudan nahm die internationale Gemeinschaft mit Erleichterung zur Kenntnis, dass der befürchtete Ausbruch von bewaffneten Auseinandersetzungen während der Wahl ausblieb. Groß war die Sorge gewesen, unterlegene Kandidaten könnten mit Waffengewalt die Wahlergebnisse in Frage stellen.

## Unklare Perspektiven

Al-Bashir sieht sich durch die Wahlen als legitimer Herrscher des Sudan bestätigt. Angesichts der massiven Wahlfälschungen gilt es jedoch als unwahrscheinlich, dass sich die USA und andere Staaten aufgrund dieser Wahlen für eine Aussetzung des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den sudanesischen Präsidenten aussprechen werden.

So wirbt al-Bashir um die Gunst der darfurischen *Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (JEM)*, der militärisch bedeutendsten Freiheitsbewegung im Westen des Landes. Offensichtlich erwägt Bashir, der *JEM* führende Positionen in der sudanesischen Regierung anzubieten, um sie zur Aufgabe ihres militärischen Kampfes zu bewegen. Eine Amnestieregelung für ehemalige *JEM*-Kämpfer könnte dann von der internationalen Gemeinschaft mit einer Aussetzung des Haftbefehls gegen Bashir honoriert werden. Dies wäre allerdings ein Ausverkauf der Interessen der Opfer des Völkermords in Darfur, aber es wäre nicht das erste Mal, dass sich Sudans Politiker wenig um das Schicksal ihrer eigenen Bevölkerung kümmern. Ein langfristiger Frieden wäre dadurch aber nicht gesichert. Denn den wird es ohne Gerechtigkeit nicht geben!

## 2. Südsudan: Warten auf die Unabhängigkeit



Im Januar 2011 wird die Bevölkerung des Südsudan in einer Volksabstimmung über die Zukunft ihrer Region entscheiden. Seine Bewohner werden sich entscheiden müssen, ob sie weiter Teil des Sudan bleiben wollen oder einen unabhängigen Staat gründen. So sieht es das Umfassende Friedensabkommen (CPA) vor, dass die Freiheitsbewegung *Sudan People's Liberation Movement / Army (SPLM/A)* und die sudanesischen Regierung im Januar 2005 unterzeichnet haben.

Doch noch ist der Weg steinig bis zu dem Referendum und niemand weiß, ob es tatsächlich stattfinden wird. Denn in den letzten fünf Jahren wurden zum

Ärger der Südsudanesen viele Bestimmungen des CPA von der sudanesischen Regierung nicht umgesetzt. So trauen viele von ihnen dem Zeitplan nicht, da sie ihn für unrealistisch halten. Immer lauter wird die Forderung nach einer Nachfolgeregelung für das CPA, die in einem abgestuften Zeitplan eine mögliche Unabhängigkeit regeln könnte. Denn Regelungsbedarf gibt es angesichts der noch immer ungeklärten Verteilung des Profits aus der Förderung von Rohstoffen genug. Die landesweiten Wahlen im Sudan im April 2010 werden als Test für das Referendum angesehen. Zur Erstellung der Wählerlisten wurde im Sudan eine Volkszählung durchgeführt. Die Ergebnisse dieses Zensus wurden von der autonomen Regierung des Südsudan, die gemäß dem CPA gebildet wurde, scharf kritisiert: Sie befürchtet, dass die festgestellte Einwohnerzahl im Südsudan nicht der Realität entspricht und als zu klein angesetzt wurde.

### **Wachsende Unzufriedenheit**

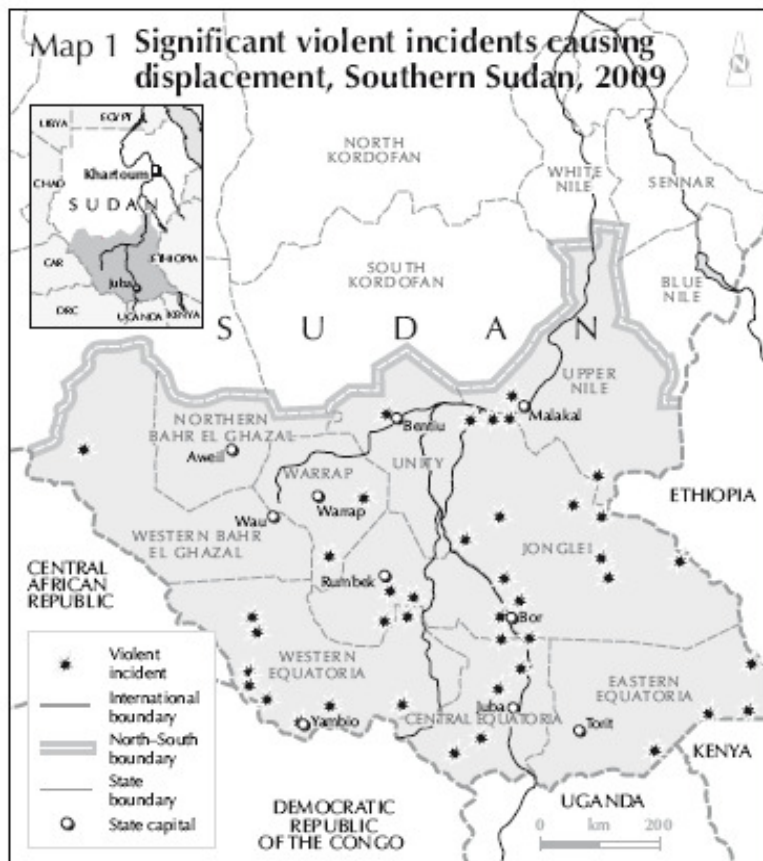
Nach massiven Warnungen von Nichtregierungsorganisationen vor einem Scheitern des Friedensprozesses verstärkte die internationale Gemeinschaft seit Januar 2010 ihre Bemühungen, um die Wahlen und das Referendum zu fördern. Es ist davon auszugehen, dass eine breite Mehrheit der Südsudanesen sich für einen unabhängigen Staat Südsudan aussprechen wird. Dabei haben sich jedoch in jüngster Zeit die Kräfteverhältnisse etwas verschoben: War noch vor einigen Monaten mit einem überwältigenden Votum für die Unabhängigkeit gerechnet worden, so dürfte diese Abstimmung aufgrund der wachsenden Unzufriedenheit an der Herrschaft der *SPLM/A* nun knapper ausfallen.

Mehr und mehr südsudanesischer Politiker distanzieren sich deshalb von der *SPLM/A*, der Machtmissbrauch, Vetternwirtschaft, Korruption und ein eigenwilliges Verhältnis zu Bürgerrechten wie Presse- und Meinungsfreiheit vorgeworfen wird. „Eine Reihe Journalisten werden zurzeit bedroht, eingeschüchtert, geschlagen und sogar verhaftet“, erklärte David De Dau, der Vorsitzende der *Agentur für Unabhängige Medien*. Jeden Monat werde in jedem der zehn Regionen des Südsudan mindestens ein Journalist bedroht, seine Ausrüstung beschlagnahmt oder er werde geschlagen. Im März 2010 wurde ein von der Katholischen Kirche geförderter Radiosender in Juba von den Behörden gewarnt, keine politischen Inhalte auszustrahlen, sondern nur religiöse Sendungen.

Aufgrund der Kritik entstanden immer mehr politische Parteien im Südsudan, die es jedoch schwer haben, sich gegen die Übermacht der *SPLM/A* durchzusetzen. Auch von ausländischen Besuchern werden sie kaum wahrgenommen. Diese oppositionellen Parteien kritisieren, dass nicht nur die *SPLM/A* und die sudanesischer Regierung über eine Zukunft des Südsudan und eine mögliche Loslösung vom Sudan verhandeln dürften. Auch sie müssten miteinbezogen werden.

Die Mehrheit der Bevölkerung im Südsudan gehört zur ethnischen Gruppe der Dinka. Angehörige der rund 200 im Südsudan lebenden Minderheiten wie die Nuer und Shilluk fühlen sich von der *SPLM/A* diskriminiert. Sie werfen Dinka-Sicherheitskräften vor, Angriffe auf andere ethnische Gruppen zu ignorieren und den Betroffenen nicht zu helfen.

## Gewalt nimmt weiter zu



In den ländlichen Bezirken des Südsudan ist Gewalt eines der größten Probleme. Jede Woche kommt es zu neuen Auseinandersetzungen, denen im Jahr 2009 mehr als 2.500 Südsudanesen zum Opfer gefallen sind. Die Ursachen der Gewalt sind oft sehr unterschiedlich und meist in lokalen Konflikten begründet. Die große Verbreitung von Kleinwaffen nach rund 38 Jahren Krieg und Völkermord im Südsudan sind ein enormes Problem. Vom Ausland geförderte Entwaffnungsaktionen blieben weitestgehend wirkungslos, da meist nur ältere Südsudanesen ihre Waffen abgaben. Auch handelte es

sich bei vielen dieser Waffen um sehr veraltete Modelle, während die moderneren Waffen weiter im Umlauf blieben. Indizien deuten darauf hin, dass die sudanesisch Armee die Gewalt mit gezielten Waffenlieferungen an einzelne Milizen schürt. Es ist eine alte Politik der sudanesischen Regierung, gemäß dem Motto „Teile und Herrsche“, Hass und Zwietracht zwischen den Völkern des Südsudan zu säen.

Die Gewalt ist aber auch eine Folge ausbleibender Soldzahlungen für Sicherheitskräfte sowie der Vernachlässigung des zivilen Wiederaufbaus. Jahrzehnte des Krieges und Völkermords haben jede Form von „Entwicklung“ im Südsudan im Keim erstickt. Viele Südsudanesen hatten nach der Unterzeichnung des CPA im Januar 2005 die Hoffnung, dass sich ihre Lebensverhältnisse bessern würden. Diese Erwartungen wurden enttäuscht. Die internationale Staatengemeinschaft begann nur schwerfällig mit dem Wiederaufbau und die autonome Regierung im Südsudan setzte schwerpunktmäßig auf den Ausbau des Sicherheitsapparates, um sich für eine eventuelle militärische Auseinandersetzung mit dem Nordsudan zu rüsten. Nicht noch einmal wollte man den Fehler aus dem Jahr 1972 wiederholen, als man zu leichtfertig Friedensbeteuerungen aus dem Nordsudan traute. 1983 brach erneut der Krieg aus. Diese historische Erfahrung hinterließ Spuren. Doch die Aufrüstung kostete viel Geld, das folglich nicht mehr für den Wiederaufbau zur Verfügung stand. So mehren sich die kritischen Stimmen im Südsudan, die der SPLM/A vorwerfen, die eigene Bevölkerung und deren Bedürfnisse zu missachten. Erschwert werden diese Probleme durch die internationale Finanzkrise, die dazu führte, dass die vom Südsudan so dringend benötigten Einnahmen aus dem Öl-Export im Jahr 2009 um 60 Prozent einbrachen.

Die reichen Öl-Vorkommen im Südsudan wecken weltweit Begehrlichkeiten. Hatte die US-Regierung bereits vor Jahren ihre Sudan-Politik auch mit Blick auf diesen Ölreichtum verändert und den Südsudan als de facto bereits unabhängigen Staat behandelt, bemüht sich nun auch China um beste Kontakte zur SPLM/A. Mehrfach reisten südsudanesisch Regierungspolitiker nach Peking und bekräftigten die gute Kooperation. China errichtete im Gegenzug Elektrizitätswerke und ein Hotel im Südsudan. Lange sind die Zeiten vorbei, in denen China nur auf gute Zusammenarbeit mit dem sudanesischen Diktator Bashir setzte.

### **SPLM/A muss sich zu Demokratie bekennen**

Wie sich die Lage im Südsudan weiterentwickelt, wird nicht nur vom Verhalten der sudanesischen Regierung und der internationalen Staatengemeinschaft abhängen. Für eine sichere Zukunft wird es entscheidend darauf ankommen, dass ausländische Geldgeber von der SPLM/A eine verantwortungsbewusstere Regierungsführung, mehr Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte einfordern. Denn auch den Südsudanesen wäre nicht geholfen, wenn nach Jahrzehnten des Kampfes und Völkermords ein totalitäres Regime entsteht, das mehr neue Konflikte schafft als alte Probleme löst. Denn eines ist klar: Auch ein unabhängiger Südsudan wird trotz seines großen Ölreichtums Probleme haben, seiner Bevölkerung eine gesicherte Existenz zu garantieren.

## **3. Im Südsudan droht Hungersnot**

Mehr als vier Millionen Menschen sind im Südsudan von internationaler Nahrungsmittelhilfe abhängig. Das *Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP)* warnte Ende April 2010 vor einer drohenden Hungersnot im Südsudan, da die Nahrungsproduktion dramatisch eingebrochen ist. Die Zahl der Hilfsbedürftigen hat sich innerhalb eines Jahres vervierfacht. Schuld daran ist vor allem die stark zunehmende Zahl ethnischer, sozialer und bewaffneter Auseinandersetzungen. Wurden im gesamten Jahr 2009 „nur“ 70 Kämpfe im Süden des Sudan registriert, so kam es zwischen Januar 2010 und Ende April 2010 zu 103 gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen, bei denen 467 Südsudanesen starben und rund 60.000 Menschen flohen.

Seit Beginn des Jahres 2009 eskaliert die Gewalt im Südsudan. Mehr als 2.500 Menschen fielen den Auseinandersetzungen im vergangenen Jahr zum Opfer. In sieben der zehn Bundesstaaten im autonomen Südsudan ist die Sicherheitslage äußerst angespannt. Mit rund acht bis neun Millionen Einwohner lebt im Südsudan ein Fünftel der Bevölkerung des Sudan.

Obwohl der Südsudan anders als Darfur und weite Gebiete des Nordens und Ostens des Sudan als fruchtbar gilt, kommt es trotzdem zu Hungersnöten. Denn aufgrund der Kämpfe kommen viele Bauern nicht mehr zum Säen und Ernten auf ihre Felder, so dass der Hunger weiter zunimmt. In vielen Regionen brach die Nahrungsmittelproduktion im Jahr 2009 um bis zu 40 Prozent ein. Zugleich sind die Preise für lokal produziertes Getreide um bis zu 135 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen. Besonders kritisch ist die Lage in den Bundesstaaten Equatoria und Jonglei.

### **Fehlende Hilfe**

Das WFP benötigt bis zum Ende des Jahres 2010 rund 900 Millionen US-Dollar, um 6,4 Millionen Bedürftige im Südsudan und in Darfur mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die Organisation fürchtet eine Unterdeckung seines Hilfsprogramms, da bislang nur 520 Millionen US-Dollar Hilfe von der internationalen Gemeinschaft fest zugesagt wurden. Wenn die noch ausstehenden 380 Millionen US-Dollar nicht zügig von den Staaten zugesichert werden, könnten die Hilfsprogramme des WFP im Südsudan ab Juli 2010 gefährdet sein.

Gefährdet könnte eine wirksame Versorgung der Zivilbevölkerung auch eine weitere Zunahme der Gewalt im Südsudan. Denn mehrfach mussten bereits Helfer kurzfristig für einen gewissen Zeitraum aus Regionen abgezogen werden, in denen Kämpfe zwischen verschiedenen ethnischen Gemeinschaften eskalierten.

### **Vielfältige Ursachen der Konflikte**

Die ethnischen Konflikte werden durch die zunehmende Armut in den ländlichen Regionen des Südsudan geschürt. Der Südsudan leidet unter massiven Einnahmeverlusten, da die Erlöse aus dem Verkauf des in der Region geförderten Erdöls sinken. Viel Geld wird von der Regierung des Südsudan auch für die Hochrüstung seiner Soldaten für einen befürchteten neuen Krieg mit dem Nordsudan aufgewendet. So leben neun von zehn Südsudanern von weniger als einem Euro pro Tag. Eine Familie muss im Südsudan durchschnittlich 60 Prozent ihres Einkommens für den Kauf von Nahrungsmitteln aufwenden. Ein Fünftel der Südsudaner sind chronisch unterernährt, im gesamten Sudan gelten zehn Prozent der Bevölkerung als nicht ausreichend ernährt. Rund 32 Prozent der Kinder sind unterernährt. Dringend Hilfe brauchen vor allem rund 550.000 Mütter und Kleinkinder, die ihre Babies mit Muttermilch stillen, selbst jedoch nicht mehr ausreichend ernährt sind. In kaum einer anderen Region der Welt ist die Kindersterblichkeit so groß: Von 100.000 Neugeborenen sterben im Südsudan 1.700 Kleinkinder, im Landesdurchschnitt kommen im Sudan 1.100 Babies zu Tode.

Insgesamt ist die Lebenserwartung im Südsudan deutlich geringer als in anderen Teilen des Sudan. Während die Südsudaner durchschnittlich nicht älter als 42 Jahre alt werden, liegt die Lebenserwartung im gesamten Sudan bei 51 Jahren. Schuld daran sind neben Krieg und Vertreibung die katastrophalen Lebensverhältnisse. Auch fünf Jahre nach der Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens (CPA) fehlt es noch immer an Krankenhäusern, Straßen, Brücken, Schulen und Arbeitsplätzen. Nur die Hälfte der Südsudaner hat regelmäßig Zugang zu frischem Wasser (im Gesamt-Sudan haben 70 Prozent der Menschen frisches Wasser in ihrer Umgebung), nur ein Viertel der Bevölkerung hat funktionierende Krankenhäuser in ihrer Nähe.

Aber auch Machtmissbrauch der im Südsudan herrschenden SPLA/SPLM/A sowie die starke Dominanz der Volksgruppe der Dinka in allen Führungspositionen der öffentlichen Verwaltung, Polizei und Armee heizen Kritik und Widerstand von kleineren ethnischen Gruppen an.

So starben Anfang März 2010 im Staat Warap 15 Zivilisten und drei Soldaten der SPLA, nachdem sich ein Junge geweigert hatte, einem SPLA-Kämpfer einen Eimer Milch auszuhändigen. Nachdem der Soldat ihn niederschoss, kam es zu mehrtägigen

Kämpfen, bei denen 1.440 Häuser und vier Schulen zerstört wurden. Mehr als 8.000 Menschen flohen vor der Gewalt.

### Der Kampf um das Vieh

Bei vielen Auseinandersetzungen spielen Viehdiebstahl sowie der Kampf um bessere Weideplätze und der Zugang zu Wasser eine entscheidende Rolle. So wurden im Yirol East Distrikt (Bundesstaat Lakes) alleine im April 2010 bei vier Überfällen von Viehdieben 26 Menschen getötet. Zwischen dem 19. und 21. April 2010 kamen in der Region 17 Südsudanesen zu Tode. Sieben Kinder wurden bei den Angriffen von Angehörigen der Volksgruppe der Nuer auf Dinka entführt. Bei vielen ethnischen Gruppen im Südsudan bilden die Viehherden das Rückgrat der wirtschaftlichen Existenz der Menschen. Auseinandersetzungen um Vieh und Weideland hat es immer gegeben, doch so brutal und massiv wie heute wurden sie schon lange nicht mehr ausgetragen. Denn nach Jahrzehnten des Krieges sind viele traditionelle soziale Strukturen zusammengebrochen. So werden traditionelle Vermittlungsmethoden zwischen verfeindeten ethnischen Gruppen heute oft nicht mehr beachtet. Viele junge Leute akzeptieren nicht mehr den Rat der älteren Generation und setzen stattdessen auf die Kraft der Waffe.

### Zu viele Waffen

Angeheizt werden die Spannungen durch mindestens zwei Millionen Kleinwaffen, die nach 38 Jahren Krieg und Völkermord noch immer in der Region verbreitet sind und von Milizen, Soldaten und Zivilisten willkürlich eingesetzt werden, um eigene Interessen durchzusetzen. Viele dieser Waffen sind in Deutschland entwickelt worden und nach ihrer Herstellung in Lizenzproduktion in anderen Staaten in den Südsudan verkauft worden. So ist das früher bei der deutschen Bundeswehr übliche G 3 Sturmgewehr der Firma Heckler & Koch für den Tod Tausender Südsudanesen verantwortlich, da es eine der am meisten im Südsudan verbreiteten Waffen ist. Im Jahr 1959 errichtete Deutschland sogar eine Munitionsfabrik im Nordsudan, in der auch Munition für das



G 3 produziert wurde. Auch die sudanesischen Armee war regelmäßig damit ausgerüstet. Auch die SPLM/A bediente sich dieser in Deutschland entwickelten Waffe, die sie bei Angriffen auf Regierungssoldaten erbeutet hatte.

Heckler&Koch G 3

Heute bezieht der Sudan die meisten seiner Waffen aus Weißrussland, China, Russland und dem Iran. 72 Prozent aller Kleinwaffen und leichten Waffen, die der Sudan zwischen den Jahren 2001 und 2008 importierte, stammten aus China. Weitere 21 Prozent wurden nach Angaben der Vereinten Nationen aus dem Iran bezogen. Die SPLM/A importierte hingegen Rüstungsgüter aus der Ukraine und aus Äthiopien.

Angesichts der großen Zahl von im Land befindlichen Waffen hätte ein Waffenembargo gegenüber dem gesamten Sudan kaum spürbare Folgen für die Verbreitung von

Kleinwaffen im Südsudan. Die internationale Staatengemeinschaft ist sich des Problems grundsätzlich bewusst und fördert daher die Entwaffnung von Milizen und ehemaligen Kämpfern der *SPLM/A*. Auch die deutsche Bundesregierung fördert solche Programme, die jedoch bislang finanziell so schlecht ausgestattet sind, dass den Betroffenen kaum Job-Anreize gegeben werden können, um sie langfristig zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu bewegen. Denn nur neue Arbeitsplätze könnten ehemaligen Kämpfern eine Perspektive für den Ausstieg aus der Kriegswirtschaft geben. Mangelnde finanzielle Ausstattung dieser Programme und fehlende Ausbildung der Kämpfer erschweren die Vermittlung von ehemaligen Soldaten auf dem zivilen Arbeitsmarkt.

Die Erfahrung des Südsudan hat auch gezeigt, dass Erfolg oder Misserfolg eines Entwaffnungsprogramms nicht an der Zahl der abgegebenen Waffen gemessen werden dürfen. Denn im Südsudan geben vor allem vergleichsweise ältere Leute ihre Waffen ab, während die jungen hoch bewaffneten Kämpfer ihre Gewehre behalten. In den vielen Jahren des Krieges und Völkermordes haben sie die Überzeugung gewonnen, dass ihnen nur eine funktionstüchtige ihr Überleben sichern kann.

### ***SPLM/A* versagt beim Schutz der Zivilbevölkerung**

Dringend notwendig wäre ein besserer Schutz der Zivilbevölkerung vor Übergriffen von Milizen und Soldaten. Doch die *SPLM/A* ist weder zum Schutz der Zivilbevölkerung ausgebildet, noch ist sie ausreichend bezahlt und es mangelt ihr an Disziplin. Benötigt werden unabhängige Polizeikräfte, die in den Auseinandersetzungen nicht Partei ergreifen, sondern die Zivilbevölkerung ungeachtet ihrer ethnischen Abstammung schützen. Nur allzu häufig ignorieren Dinka-Polizisten Übergriffe auf andere Bevölkerungsgruppen. Bislang stellen Dinka den weitaus größten Teil der Polizisten, Soldaten und Angestellten der öffentlichen Verwaltung im Südsudan. Angehörige anderer ethnischer Gruppen sind nicht gemäß ihrem Bevölkerungsanteil in den Sicherheitskräften und in der Verwaltung vertreten.

## 4. Darfur: Vage Hoffnung auf Frieden



Als am 23. Februar 2010 zwischen der sudanesischen Regierung und der militärisch bedeutendsten Freiheitsbewegung im Westen des Sudan, der *Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (Justice and Equality Movement, JEM)*, ein Rahmenabkommen unterzeichnet wurde, keimte neue Hoffnung auf für Frieden in Darfur. Das Abkommen sieht einen Waffenstillstand und die Teilnahme der *JEM* an Friedensgesprächen für Darfur in Doha (Qatar) vor. Im Gegenzug setzte die sudanesische Regierung Todesurteile gegen *JEM*-Aktivisten außer Kraft und entließ einige ihrer Gefangenen aus der Haft. Zuvor hatte die *JEM* monatelang jede Teil-

nahme an den Friedensgesprächen in Doha abgelehnt, die seit längerem ohne konkrete Ergebnisse geblieben waren.

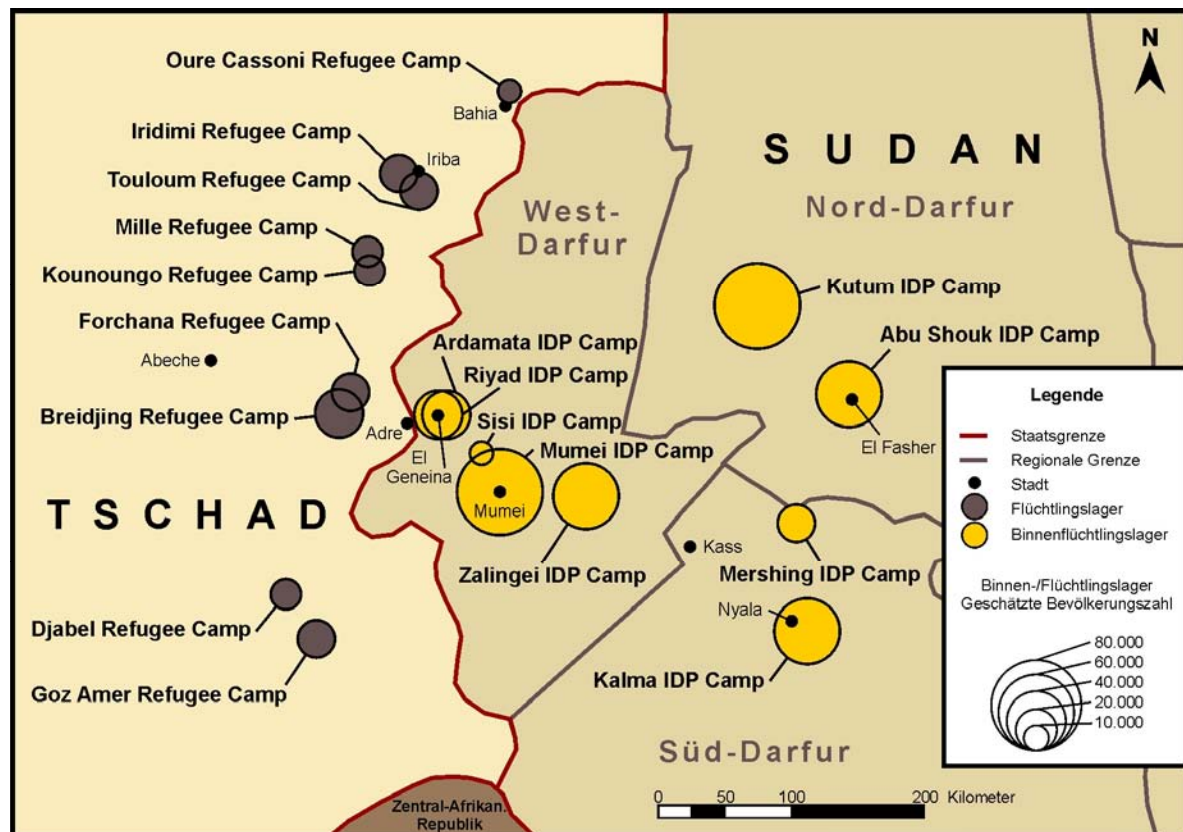
Noch sind die Verhandlungen in Doha weit davon entfernt, repräsentativ zu sein. Ein großes Hemmnis auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden ist die Zersplitterung der Bewegungen aus Darfur. Hatten bislang vor allem kleinere Gruppen an den Gesprächen teilgenommen, so ist nun mit der *JEM* ein bedeutender Akteur am Verhandlungstisch. Doch die *JEM* vertritt vor allem die Interessen der Zaghawa-Bevölkerungsgruppe. Die Fur, eine weiteres großes Volk in Darfur, fühlen sich vor allem durch die *Sudan Liberation Army (SLA)* vertreten. Doch die *SLA* ist inzwischen in mehrere Untergruppen zerfallen. Ihr bedeutendster Führer, Abdelwahid Mohamed al-Nur, lebt in Frankreich im Exil und weigert sich bis heute, an den Gesprächen in Doha mitzuwirken. Nur wenige Tage nach dem überraschenden Abkommen zwischen der *JEM* und Khartum kam es zu schweren Kämpfen zwischen der *SLA* und der sudanesischen Armee. Mehr als 100.000 Zivilisten flohen vor den Auseinandersetzungen.

Ob es tatsächlich zu einem dauerhaften Frieden kommt, ist fraglich. Die sudanesische Regierung hat im Jahr 2010 wegen landesweiter Wahlen und dem bevorstehendem Referendum über die Zukunft des Südsudan kein Interesse an einem Wiederaufflammen von Kämpfen in Darfur. Nachdem Sudans Präsident Omar Hassan al-Bashir im Februar 2010 eine Verbesserung der Beziehungen mit dem Nachbarland Tschad vereinbarte, wuchs auch von Seiten des Tschad der Druck auf die *JEM*, einen Ausgleich mit Khartum zu suchen. Ob dieser Burgfrieden zwischen Sudan und dem Tschad hält, erscheint sehr fraglich. Schon mehrfach hatten beide Staaten öffentlich gute Beziehungen geschworen, um nur wenige Wochen später erneut Oppositionsbewegungen im Nachbarland zu fördern. So wird dieser laue Friedensschluss eher als Waffenstillstand, denn als Friedensschluss angesehen. Für Darfur ist er jedoch von enormer Bedeutung, denn ohne eine Beruhigung im Verhältnis zwischen beiden verfeindeten Regierungen wird sich die Lage im Westen des Sudan wohl nicht langfristig stabilisieren.

### **Kämpfende Bewegungen verfolgen eigene Machtinteressen**

Zehn kleinere Freiheitsbewegungen aus Darfur, die in Doha mitwirken, schlossen sich am 23. Februar 2010 zur *Freiheits- und Gerechtigkeitsbewegung (Liberation and Justice Movement, LJM)* zusammen. Der Zusammenschluss ist ein kleiner Schritt auf dem Weg zu einer stärkeren Bündelung der Forderungen der kämpfenden Gruppen. Doch solange keine nennenswerten Vertreter der Zivilbevölkerung aus Darfur bei den Gesprächen vertreten sind, wird es schwierig sein, einen nachhaltigen Frieden auszuhandeln. Die kämpfenden Bewegungen verfolgen vor allem ihre eigenen Machtinteressen und haben nicht etwa das Wohl aller Menschen in Darfur im Auge. So weckte der „Separatfrieden“ zwischen *JEM* und Khartum unverzüglich neue Ängste, die beiden stärksten Kontrahenten könnten auf Kosten der drei Millionen Vertriebenen in Darfur um Regierungsposten schachern und den katastrophalen „Status quo“ im Westen des Sudan hinnehmen.

## Die Bilanz des Genozids in Darfur ist erschreckend



Flüchtlingslager in Darfur und dem Tschad

Für die Menschen in Darfur wäre dies nicht nur eine bittere Enttäuschung, sondern hätte auch schlimme Folgen. Denn sieben Jahre nach Beginn des Völkermords im Februar 2003 ist die Lage der Zivilbevölkerung im Westen des Sudan katastrophal. Zwar hat die Zahl der bewaffneten Kämpfe und Überfälle stark abgenommen, doch die Bilanz des Genozids ist erschreckend: Mehr als 4.500 Dörfer wurden zerstört, ganze Landstriche von den ursprünglich dort ansässigen Bewohnern entvölkert, rund 2,7 Millionen Menschen leben in Flüchtlingslagern in der Nähe der größeren Städte in Darfur, weitere Flüchtlinge haben im benachbarten Tschad Zuflucht gesucht.



Bis heute weiß niemand genau, wie viele Menschen dem Völkermord und der daraus entstandenen humanitären Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Wahrscheinlich kamen mehr als 400.000 Menschen ums Leben. Viele ihrer Spuren wird man nie finden –

die Wüste hat sie geschluckt. Trotz der Ausweisung von 13 großen internationalen Hilfsorganisationen am 4. März 2009 ist es internationalen Helfern durch Umschichtungen von Hilfsmaßnahmen gelungen, die drohenden katastrophalen Folgen dieser Zwangsmaßnahme für die Flüchtlinge abzuwenden.

Zwar werden Omar Hassan al-Bashir, der ehemalige Innenminister Ahmed Mohammed Haroun sowie Ali Kushayb, ein Anführer der Janjaweed-Reitermilizen, noch immer per Haftbefehl vom *Internationalen Strafgerichtshof (International Criminal Court, ICC)* in Den Haag gesucht. Geschickt verstand es jedoch Bashir, sich vor der sudanesischen Öffentlichkeit als Opfer einer internationalen Diffamierungskampagne darzustellen. Auch die meisten Regierungen in Afrika ignorieren den Haftbefehl. Bashir hält sich jedoch mit Auslandsreisen zurück. Selbst Politiker seiner eigenen Partei halten ihn langfristig für unpolitisch untragbar. Deshalb ist nicht auszuschließen, dass er einige Zeit nach den Wahlen im April 2010 als Staatspräsident zurücktreten wird und durch eine weniger umstrittene Person ersetzt wird. Eine Bestrafung Bashirs und anderer Verantwortlicher des Genozids vor sudanesischen Gerichten ist jedoch nicht zu erwarten.

### **Vertreibung wird legalisiert**

Die sudanesische Regierung hat durch den Völkermord in Darfur ihre Macht gefestigt. Weite Teile der schwarzafrikanischen Landbevölkerung in Darfur sind vertrieben worden. Die Chancen auf eine Rückkehr in ihre Heimatdörfer stehen schlecht. Nicht nur, weil ihre Dörfer zerstört sind. Das größte Problem ist, dass sich auf ihrem Land inzwischen arabische Gruppen angesiedelt haben. Die Regierung Bashir will diese Vertreibung nun legalisieren und die Flüchtlinge in den Städten ansiedeln. Scheinheilig argumentiert Khartoum, dies sei ein in Afrika übliches Phänomen der Verstädterung. Einige arabische Staaten wie Ägypten, Saudi-Arabien oder Katar kündigten bereits Hilfen beim Wiederaufbau in Darfur an, ohne jedoch zu hinterfragen, ob sie so die Vollendung und Legalisierung der Vertreibung sogar fördern. Um eine Rückkehr der Vertriebenen in ihre alten Siedlungsgebiete zu ermöglichen, wird es ganz entscheidend auf den Druck der internationalen Staatengemeinschaft ankommen.

So konnten die Vertriebenen in Darfur auch nicht bei den landesweiten Wahlen im April 2010 mitwirken, weil sie auf keinen Wählerlisten standen. Eine Tatsache, die die Hoffnungslosigkeit und Unzufriedenheit in den Flüchtlingslagern in Darfur (rund 2,7 Millionen Flüchtlinge) und im benachbarten Tschad (rund 200.000 bis 300.000 Flüchtlinge) weiter schürt. Dort fühlen sich viele weder von den Freiheitsbewegungen, noch von Politikern vertreten. Die EU zog bereits im Vorfeld der Wahl wegen auffällig undemokratischer Abläufe ihre Wahlbeobachter ab.

### **UN-Friedenstruppen sind hilflos**

Die Friedenstruppen der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen (*UNAMID*) werden bei der Rückführung der Flüchtlinge wenig helfen können. Sie sind noch immer chronisch überfordert und weitgehend mit ihrem eigenen Schutz beschäftigt. Auch 33 Monate nach dem Beschluss ihrer Stationierung durch den Weltsicherheitsrat (31.7.2007) hat die *UNAMID* noch immer nicht ihre Sollstärke erreicht. Statt 26.000 Sicherheitskräften zählt sie nur 15.100 Soldaten sowie 4.500 Polizisten. Im Februar 2010 feierte die Friedenstruppe die Bereitstellung von fünf dringend benötigten

Hubschraubern durch Äthiopien. Weitere 18 Helikopter werden jedoch gebraucht, um die Effektivität des Einsatzes zu gewährleisten. Seit mehr als zwei Jahren bittet die *UNAMID* weltweit vergeblich um Hubschrauber. Die schlechte Ausstattung sowie die Unterfinanzierung des Einsatzes zeigen deutlich, welche Bedeutung die internationale Staatengemeinschaft der *UNAMID* beimisst. Es fehlt international am politischen Willen, einen wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung in Darfur sicherzustellen.

### **Verträge allein schaffen keinen Frieden**

So wichtig der Waffenstillstand und die Friedensgespräche auch sind, durch ein unterzeichnetes Papier allein wird kein Frieden in Darfur hergestellt werden können. Zu schwer wiegen die Verletzungen durch den Genozid. Langfristige Friedensarbeit vor Ort ist nötig. Das setzt aber auch voraus, dass die begangenen Verbrechen nicht länger gezeugnet, sondern aufgearbeitet werden: Kriegsverbrecher müssten systematisch verfolgt, vor Gericht gestellt und bestraft werden, die Rückkehr der Vertriebenen muss unter militärischem Schutz ermöglicht und die sudanesischen Truppen abgezogen werden. Von einem solchen – echten – Frieden ist der Sudan noch Lichtjahre entfernt.

### **Sudans Botschafter bei den Vereinten Nationen**

#### **Abdel-Mahmood Abdel-Haleems Amtszeit verlängert**

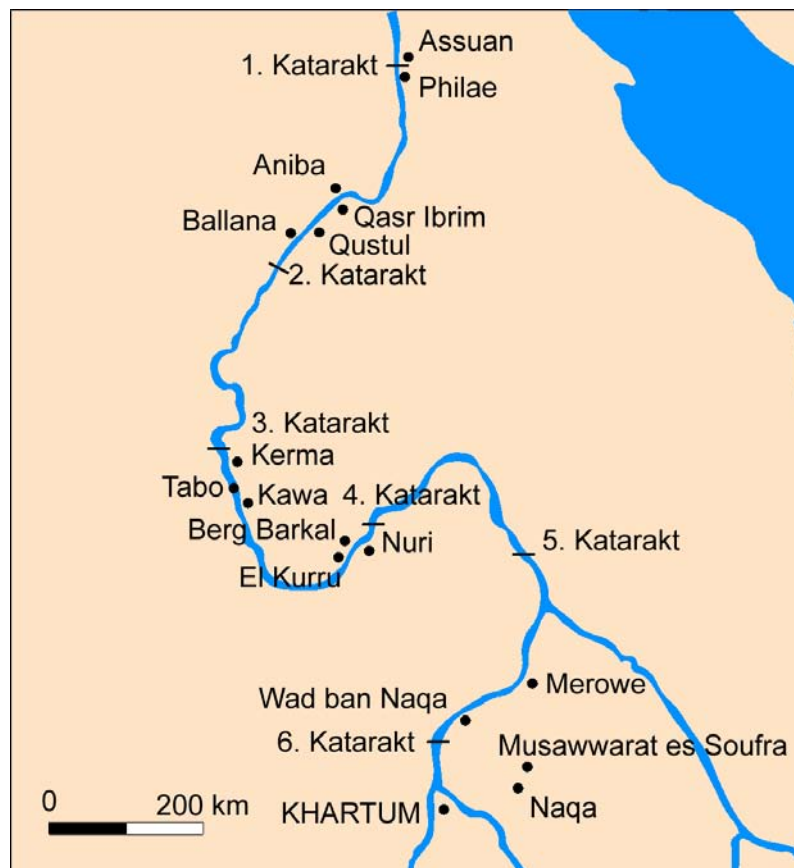
Ende Februar 2010 hätte der Botschafter Sudans bei den Vereinten Nationen, Abdel-Mahmood Abdel-Haleem, in den Ruhestand gehen sollen – so sahen es die Gesetze des Sudan vor. Doch Sudans Präsident Bashir verlängerte die Amtszeit des umstrittenen Repräsentanten nun persönlich – was selbst in regierungstreuen Zeitungen im Sudan auf Kritik stieß. Denn kaum jemand hat so sehr zum schlechten Ruf des Sudan beigetragen, wie dieser absolut undiplomatisch agierende Diplomat. Mit seinen berüchtigten Ausfällen und Verharmlosungen des Genozids in Darfur erntete er weltweit Kopfschütteln. Er scheute sich nicht, den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs Luis Moreno-Ocampo als „Terrorist“ zu beschimpfen und einen Haftbefehl gegen die Generalsekretärin von Amnesty International zu fordern.

## **5. Staudambau im Nordsudan - Ohne Rücksicht auf Mensch und Kultur**

Das nordsudanesisches Niltal gilt als eines der ältesten Siedlungsgebiete in Afrika und als eine Wiege der Menschheit. Hier liegt die Heimat der antiken Nubier, einem Volk, das sich über Jahrtausende hinweg gegen die ägyptische Macht aus dem Norden verteidigte und dabei stets seine kulturelle Eigenständigkeit bewahrte. Der Nil bildete dabei als religiöse Stätte und Wasserlieferant den Mittelpunkt des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Nubier. Auch heute werden die Lebensgeschicke der verschiedenen nubischen Volksgruppen maßgeblich von ihrem engen Bezug zum Nil beeinflusst. Ihre jüngere Geschichte ist dabei vor allem durch den Widerstand gegen verschiedene Staudammprojekte geprägt, die an den sechs Nilkatarakten durchgeführt wurden oder für die Zukunft geplant sind. Am Umgang der Regierung mit dem Protest der Bevölkerung, zeigt sich, dass die Umsetzung des im Januar 2005 unterzeichneten Umfassenden Friedensabkommen (Comprehensive Peace Agreement, CPA) besonders im Bereich der Einhaltung aller Menschenrechte sehr schleppend vorangeht.

## Bau des Assuan-Staudamms: Der Anfang vom Ende einer kulturellen Identität?

Das Siedlungsgebiet der Nubier erstreckte sich ursprünglich von Assuan in Oberägypten (1. Nil- katarakt) bis Dongola (3. bis 4. Nilkatarakt) im Norden des Sudans. Bereits im Jahr 1902 wurde fünf Kilometer südlich von Assuan der erste Staudamm auf nubischem Territorium errichtet. In den folgenden 20 Jahren wurde dessen Staumauer zweimal aufgestockt. Als Ende der 1950er Jahre die Leistung des Damms nicht mehr ausreichte, gab der Sudan mit dem Nile Water Treaty grünes Licht für Ägypten zum Bau eines Hochdamms in Assuan. Infolge dessen wurde im Jahr 1964 auf ägyptischer Seite nahezu ganz Unternubien durch den neu entstandenen Nassersee geflutet. Mit seiner Länge von ca. 500 km reicht der See bis in den Nordsudan.



Über 120.000 Menschen verloren in den Fluten des Sees ihre Heimat und wurden von der Regierung zwangsumgesiedelt. Besonders die Bewohner der Kleinstadt Wadi Halfa unmittelbar an der Grenze zu Ägypten mussten viel Leid erfahren. Etwa 600 Familien, die sich weigerten, in das so genannte New Halfa Projekt an der Grenze zu Eritrea umzusiedeln, errichteten sich provisorische Unterkünfte in der Nähe ihrer alten Häuser. Als Reaktion darauf entzog die Militärregierung von General Ibrahim Abbud den Betroffenen alle staatlichen Dienstleistungen und stellte den lokalen Schiffs- und

Bahnverkehr ein. Die verbliebenen Einwohner waren bis Mitte der Siebzigerjahre gezwungen, die notwendige Infrastruktur und ihre Versorgung mit Lebensmitteln eigenständig zu gewährleisten. In dieser Zeit eröffneten sie unabhängig von der Regierung unter anderem Schulen und ein Krankenhaus. Aber auch denjenigen Zehntausend, die in das New Halfa Projekt nach Khashm al-Girba umgesiedelt wurden, erging es 800km fernab von ihrer Heimat nicht besser. Sozial entwurzelt mussten sie sich einer völlig neuen Umgebung und einem unbekanntem Klima anpassen. Durch die Zwangsumsiedlungen in Gebiete fernab der Heimat und die Zerstreung der Bevölkerung litten auch die traditionellen nubischen Sprachen. Die Amtssprache in den Schulen im New Halfa Projekt ist Arabisch, obwohl über 90% der Schüler Nubier sind.

Für die Betroffenen bedeutete die Überschwemmung ihrer Dörfer durch den Nassersee nicht nur den Verlust ihrer Häuser. Mit den Häusern gingen in den Fluten des Sees auch die einzigartigen Wandmalereien verloren, mit denen die nubischen Frauen traditionell ihre Hauseingänge geschmückt hatten. In den Umsiedlungsgebieten wurde diese Kunst

zumeist nicht mehr weitergeführt. Aufgrund der Erfahrungen mit den Überflutungen hat sich in den nicht umgesiedelten Dörfern um Assuan eine neue Art von Malerei entwickelt. Diese orientiert sich zwar an den traditionellen Motiven, bettet diese aber in einen völlig neuen Sinnzusammenhang ein, nämlich der touristischen Vermarktung nubischer Kultur. Im Zentrum steht die Konstruktion einer neuen nubischen Identität, die wesentlich durch das Bewusstsein der Diaspora geformt wird. Die Betonung des Opferstatus wird ebenso wie die Sehnsucht nach Rückkehr in ein Bild nubischer Geschichte eingewoben, die weit ins alte Ägypten zurückreicht.

Der Bau des Assuan-Damms ging einher mit der Zerstörung einer der ältesten Kulturregionen der Welt. Zwischen Assuan und Abu Simbel säumten etliche Tempelanlagen die Ufer des Nils. Auf Basis der Idee, dass außergewöhnliche Landschaften und Monumente der ganzen Menschheit gehören und nicht nur dem Land, in dem sie sich befinden, konnten etliche Staaten mobilisiert werden, sich an einer internationalen *UNESCO*-Kampagne zu beteiligen. Durch die Rettungsaktionen konnten somit einige von den Fluten des Stausees bedrohte Bauten aus der Pharaonenzeit erhalten werden. So wurden diverse Tempelbauten abgetragen und weltweit in Museen wie z.B. in Berlin, Madrid und New York wieder aufgebaut. Auch die Bauten von Abu Simbel konnten gerettet werden. Hierbei handelt es sich um zwei Tempel aus Sandstein, die in einen Berg hinein gebaut wurden. In einer spektakulären Aktion wurden die Tempel mit Kunstharz gefüllt, in Blöcke zerstückelt und an einem anderen Ort wieder aufgebaut. Der Berg konnte natürlich nicht abtransportiert werden, stattdessen behalf man sich mit einer Kuppelkonstruktion aus Stahlbeton. Der neue Standort wurde zwar so sorgfältig ausgewählt, dass das so genannte Sonnenwunder bestehen blieb. An zwei Tagen im Jahr fallen die Sonnenstrahlen genau axial ins Innere des Tempels und lassen dabei die Kultstatuen im Allerheiligsten erleuchten. Dennoch ist die Lage des wieder aufgebauten Tempels nicht vergleichbar mit der des Originals. Für Touristen mag das unwichtig sein und die Tempel sind auch an ihren neuen Standorten beliebte Ausflugsziele. Für die Nubier hingegen bedeuteten die willkürlichen Umplatzierungen und Flutungen ihrer antiken Monumente den Verlust eines Teils ihrer Geschichte.

So haben sich der Bau des Assuan Staudamms, seine Folgen und der Widerstand der betroffenen Menschen in das kollektive Gedächtnis der Nubier gebrannt und ein Zusammengehörigkeitsgefühl unter den verschiedenen Volksgruppen entstehen lassen. Selbst junge Nubier, die lange Zeit nach dem Bau des Assuan-Damms geboren wurden, haben die Erinnerung ihrer Eltern und Großeltern an die Überflutungen nicht vergessen. Besonders erinnert wird an den Widerstand der 600 Familien aus Wadi Halfa, die sich weigerten, in die Umsiedlungsgebiete zu ziehen.

### **Merowe-Staudamm: Massaker, Vertreibung und Verelendung**

Bereits Mitte der 1990er Jahre hegte die sudanesisische Regierung Pläne, einen Staudamm in der Nähe von Kajbar zu bauen. Diese wurden aber aufgrund der starken Opposition der Nubier zunächst auf Eis gelegt. Stattdessen begann man im Dezember 2003 mit dem Bau des Merowe-Staudamms 350km nördlich der sudanesischen Hauptstadt Khartum.

Führend am Bau beteiligt war neben verschiedenen chinesischen Firmen, sowie Alstom aus Frankreich, das deutsche Unternehmen Lahmeyer International, welches u.a. mit der Entwicklung und der Überwachung des Baus beauftragt wurde. Kritik erntete

besonders Lahmeyers Umweltverträglichkeitsstudie, die entgegen aller internationalen Standards verfasst wurde. Während der gesamten Projektausführung von 2003 bis 2010 ist Lahmeyer International für die Qualitätssicherung, die Bauleitung, das Vertragsmanagement und die Inbetriebnahme verantwortlich.

Wie bereits aus der Vergangenheit vom Bau des Assuan-Staudamms bekannt, führten auch diese Bauarbeiten zu weit reichenden Einschnitten in die Lebensbedingungen von Zehntausenden Menschen. Entgegen der Versprechungen der Regierung ging mit dem Dammbau für die betroffenen Volksgruppen der Manasir, Amri und Hamadab nicht ihr Traum von Wohlstand und einer Verbesserung der Lebensbedingungen in Erfüllung. Auf die Zwangsumgesiedelten warteten stattdessen Verelendung, Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung und Angst vor Übergriffen von Sicherheitskräften und Milizen. 800 Familien der Hamadab wurden etwa in die Wüstensiedlung El Multaga umgesiedelt. Die sehr schlechte Bodenqualität vor Ort machte eine landwirtschaftliche Nutzung kaum möglich, so dass viele der Umgesiedelten unzufrieden waren. Um ihre Interessen besser vertreten zu können, schlossen sie sich im „Führungsbüro der vom Hamdab-Staudamm betroffenen Menschen“ zusammen. Ein paar Monate später versuchte eine Gruppe von umgesiedelten Menschen in ihr Heimatdorf zurück zu kehren. Mit Waffengewalt wurde sie von Sicherheitskräften dazu gezwungen, zurück in ihr neues Siedlungsgebiet zu gehen. 65 Prozent der Menschen in El Multaga lebten im Juni 2005 unter der Armutsgrenze.

Als im März 2009 die Stromproduktion des Merowe-Damms anlief, hatten bereits Zehntausende Menschen auf der Flucht vor den Fluten ihre Heimat verloren. Viele Dutzend Dammkritiker waren von Milizionären und Sicherheitskräften verletzt oder willkürlich festgenommen worden und schließlich hatten am 22. April 2006 drei Menschen ihr Leben verloren, als sie während einer Versammlung zum Staudammprojekt von Mitgliedern einer regierungsfreundlichen Miliz erschossen wurden. Von Seiten der Regierung wurde gezielt ein Klima des Schreckens verbreitet, um die betroffenen Menschen einzuschüchtern. So wurden zwischen November 2004 und Mai 2005 mindestens zwölf Staudammgegner festgenommen, deren Freilassung erst gewährleistet werden sollte, sobald die Dorfbewohner ihrer Umsiedlung zustimmten.

Anstelle von Verhandlungen mit den Staudamm-Kritikern und einer glaubwürdigen Konfliktschlichtung setzte die Regierung die Betroffenen gezielt mit willkürlichen Verhaftungen unter Druck. Am 29. März 2007 wurden sechs Vertreter der Manasir, die sich in Khartum aufhielten, ohne Vorwurf für zwei Monate in das Kober-Gefängnis gebracht. Angst und Schrecken verbreiteten sich auch im August 2006, als die Behörden die Tore des Damms ohne Vorwarnung schließen ließen. Mehr als 100 Familien von der Insel Kouk und aus dem Dorf Shakoura wurden gezwungen wegen des ansteigenden Wassers ihre Häuser samt Hab und Gut zu verlassen. Die betroffenen Familien blieben so zeitweise ohne Nahrung und Obdach.

Im Mai 2007 keimte dann ein wenig Hoffnung auf, als die Betroffenen ein Übereinkommen mit der Regierung erzielten, das ihnen das Recht gab, sich entlang des Staussees neu anzusiedeln. Dieses Abkommen wurde aber letztlich nicht anerkannt und die DIU fuhr mit ihrer unerbittlichen Kampagne fort, um die betroffenen Menschen einzuschüchtern und aus ihren Dörfern zu vertreiben.

Im Laufe des Jahres 2008 wurden immer wieder ganze Dorfgemeinschaften ohne Vorwarnung durch steigendes Wasser aus ihren Häusern gedrängt. So verloren zwischen Juli und August mehr als 3000 Familien mit insgesamt rund 15.000 bis 16.000 Menschen auf Berti Island ihre Häuser. Als man auf Sherri Island Ähnliches befürchtete, arbeiteten die Inselbewohner und ihre aus anderen Dörfern herbei geeilten Verwandten Tag und Nacht und schichteten zehntausende Säcke auf, um die Gebäude gegen die Fluten zu schützen. Auf Sherri Island vermutete man, dass die Behörden die Bewohner absichtlich zu ihrer Zielscheibe machten, weil hier die Wiege der Proteste gegen ihre Pläne lag, die Betroffenen in abgelegene, wüstenähnliche Gegenden abzuschieben.

Im Februar 2008 hinderte die sudanesishe Regierung die UN-Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtslage im Sudan, die frühere afghanische Ministerin Sima Samar, am Besuch des Merowe-Gebiets. Ihr Kollege Miloon Kothari hatte sich zuvor im August 2007 tief besorgt über die Menschenrechtsverletzungen in den Projektgebieten des Merowe- und des Kajbar-Damms geäußert. Er forderte die beteiligten Unternehmen auf, ihre Bauaktivitäten sofortig zu unterbrechen bis eine detaillierte Studie zu den Folgen des Dammbaus für die betroffenen Menschen vorliegt. Des Weiteren appellierte er, Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung zu schaffen und ihre Menschenrechte zu gewährleisten. Auch die Investoren ersuchte er, sicherzustellen, dass die Ausführung des Projektes nicht die internationalen Menschenrechtsstandards verletzt. An die Regierung des Sudans wandte er sich mit der Forderung, die Sicherheit der betroffenen Menschen zu gewährleisten und den UN-Gutachtern den Zugang zum Gebiet zu erleichtern, um einen unabhängigen Bericht über die Vertreibungen zu verfassen. Erfolg hatte er damit nicht, denn im Juli 2008 wurde das Merowe-Gebiet zum Sperrgebiet für Außenstehende ernannt und Journalisten wurde der Zutritt zum Gebiet verweigert.

Auch nachdem der Damm nun voll in Betrieb gegangen ist, ist für die betroffenen Menschen keine Ruhe eingekehrt. Aufgrund eines seit zwei Monaten andauernden Wassermangels in den Umsiedlungsgebieten ging den ansässigen Bauern zum dritten Mal ihre Ernte verloren. Nachdem sie sich zunächst an die Merowe Dammbehörde gewandt hatten, diese aber nicht einschritt, campen die Bauern als Zeichen des Protests im Mai 2009 zwei Tage lang mit ihren Familien außerhalb ihrer Dörfer. Als Reaktion auf die weitere Ignoranz seitens der Behörden blockierten sie schließlich die Straße zwischen Dongola und Khartum und hinderten somit einige Fahrzeuge an der Weiterfahrt. Als daraufhin die Polizei eingriff, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit den Demonstranten, bei denen einige Menschen leicht verletzt wurden und Mr. Alsir Abo durch einen Schuss in den Bauch schwere Verletzungen davon trug.

### **Die Regierung plant fünf weitere Staudämme**

Da die sudanesishe Regierung nun fünf weitere Staudammprojekte im Nordsudan plant, drohen all die Ereignisse um den Bau des Assuan-Damms und des Merowe-Damms sich vielfach zu wiederholen.

Wie bereits der Assuan-Damm und der Merowe-Damm zeichnen sich auch die neuen Dammprojekte bislang vor allem durch unzureichende Umsiedlungspläne, fehlende Partizipationsmöglichkeiten und mangelhafte Untersuchungen hinsichtlich der ökologischen und sozialen Auswirkungen aus. Schätzungen zu Folge müssen bis zu 175.000 Menschen mit ihrer Vertreibung rechnen. Berücksichtigt man die bereits

abgeschlossenen Dammprojekte werden somit bis zu 370.000 Menschen im Norden des Sudans ihre Heimat in den Wasserfluten eines Stausees verloren haben. Durch den Bau des **Mugrat-Damms** rechnet man mit mindestens 59 Dörfern, die überflutet werden und fast 18.000 Menschen, die dabei aus ihren Häusern vertrieben werden. Der **Dagash-Damm** und sein Stausee werden mindestens elf Dörfer dem Erdboden gleich machen und dadurch 15.000 bis 18.000 Menschen ihre Heimat nehmen. Für einen Damm am 2. Nilkatarakt bei Dal existieren verschiedene Pläne, in denen die Größe des Projekts variiert. Der **Low Dal** würde eine Höhe zwischen 20 und 45 Metern erreichen. Durch den Bau würden ca. 5000 bis 10.000 Menschen umgesiedelt werden müssen. Der **High Dal** würde mit über 45 Metern Höhe die Vertreibung von bis zu 20.000 Menschen und einen beträchtlichen Verlust an Dattelpalmen und kultivierten Ländereien bedeuten. Er diene nur der Stromerzeugung und würde keine Nutzen für eine Bewässerung oder die Regulierung von Überschwemmungen bringen. Zudem ist die Rede von einem Higher Dal. Dieses Projekt soll als Alternative gelten, falls der **Kajbar-Damm** aufgrund des Widerstandes der Zivilbevölkerung nicht gebaut werden sollte. Gravierende Konsequenzen werden vor allem durch den Bau des **Al-Shereik-Damms** erwartet. Über 100.000 Menschen fürchten eine Zwangsumsiedlung und mehr als 150.000 Häuser drohen in den Fluten des Stausees zu versinken. Die Zerstörung von Millionen Dattelpalmen würde zudem den Verlust einer wichtigen wirtschaftlichen Grundlage bedeuten.

Da die sudanesishe Regierung ihre Pläne zum Bau des Kajbar-Damms wieder aus der Schublade geholt hat, steht nun Zehntausenden von Menschen, die zur Gruppe der Mahas gehören und in mehr als 30 Dörfern an den Ufern des Nils wohnen, eine Vertreibung bevor. Mit dem Bau des Damms versprechen sich die Behörden offiziell vor allem die Erzeugung von Elektrizität, sowie u.a. eine Kostensenkung für die Bewässerung, Energie für Wasserpumpen, Anreizstrukturen für die Ansiedlung von Industrie und eine Verbesserung der Lebensbedingungen der ansässigen Menschen durch zunehmende Investitionstätigkeiten im Projektgebiet. Kritiker gehen jedoch davon aus, dass das Dammprojekt der Entvölkerung des letzten bewohnten nubischen Territoriums gelten soll und Teil einer mit dem Bau des Assuan-Damms gestarteten Kampagne ist, die nubische Kultur systematisch zu vernichten.

Des Weiteren vermuten einige Beobachter, dass der Kajbar-Damm Tonnen von Nilschlamm aufhalten soll, die jährlich nach Ägypten gespült werden. Der Assuan-Damm verliert dadurch seit langem an Effektivität. Um die Turbinen und den See zu reinigen, muss die Regierung jährlich 1 Millionen US-Dollar aufbringen. Der Kajbar-Damm könnte zumindest einen Teil dieses Schlamms aufhalten – ob er dann allerdings selbst effektiv Strom erzeugen könnte, ist fraglich.

### **Nubier leisten Widerstand**

Angesichts der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und aus Angst um ihre Kulturgüter organisiert sich die Zivilgesellschaft in verschiedenen Widerstandsgruppen. Bereits im Jahr 1995 formierte sich die *Nubian Alliance* als Reaktion auf die Regierungspläne zum Bau des Kajbar-Damms. Als Bewegung im Kampf gegen die Flutung nubischen Territoriums rief die *Nubian Alliance* in verschiedenen Veröffentlichungen zum Widerstand gegen den Dammbau auf und forderte die Betroffenen auf, Demonstrationen zu organisieren und Dorfrepräsentanten zur Verhandlung mit der Regierung zu wählen. Dieser Widerstand war zunächst erfolgreich

und 1998 wurde das Kajbar-Projekt vorübergehend auf Eis gelegt. Als die Regierung ihre Pläne im Jahr 2007 wieder hervorholte, erfuhr die *Nubian Alliance* eine Wiederbelebung und die Bevölkerung mobilisierte sich neuerlich zu friedlichen Protesten. Ein führender Kopf dieser Bewegung ist Suad Ibrahim Ahmed, die 1935 in einer nubischen Familie in Khartum geboren wurde und ab 1960 als Lehrerin in Wadi Halfa arbeitete. Sie spielte bereits im Kampf der Nubier gegen den Assuan-Staudamm in den 1960er Jahren eine entscheidende Rolle. Heute setzt sie sich dafür ein, das Leben der Menschen in den nubischen Dörfern nachhaltig zu verbessern und es der verbleibenden Bevölkerung zu ermöglichen, in ihrer Heimatregion zu bleiben. Zur Bewahrung der nubischen Kultur und Sprache hat Suad Ibrahim ein nubisches Sprachbuch entwickelt.

Auch die Nubier in der Diaspora beobachten die Entwicklungen in ihrer Heimat mit großer Sorge und unterstützen den Widerstand ihrer Landsleute aus dem Ausland. 2007 gründeten Exil-Nubier in den USA die Organisation *Rescue Nubia (Rettung Nubiens)*. Dies ist eine Organisation, die sich gegen die „kulturelle Säuberung“ Nubiens und zur Bewahrung des kulturellen Erbes und der nubischen Sprachen einsetzt. Sie organisieren Proteste vornehmlich vor den Botschaften vom Sudan und Chinas. Der Großteil der betroffenen Menschen übt friedlichen Widerstand aus. Im Jahr 2007 wurde aber auch eine Freiheitsbewegung gegründet, die *Kush Liberation Front*. Sie ruft zu bewaffnetem Widerstand auf, um die Zentralregierung in Khartum zu stürzen, die beschuldigt wird, die Nubier und andere nicht-arabische Gruppen im Sudan zu unterdrücken.

### **Systematische Vernichtung der nubischen Kultur**

Der geplante Baugrund des Kajbar-Damms liegt am 3. Nil-Katarakt und damit in der Mahas-Region. Hier leben die Mahasi Nubier, eine Volksgruppe der Nubier, welche die nubische Kultur und Sprache mit großem Stolz aufrechterhält. Mahasi zu sein, bedeutet ein „echter Nubier“ zu sein.

Charakteristisches Merkmal der Häuser der Mahasi sind ihre mit bunten Ornamenten verzierten Eingänge. Weiter nördlich konnte diese Kunst durch die Flutung des Nasserstausees nicht in ihrer ursprünglichen Form aufrechterhalten werden. Somit muss man auch für die Mahas-Region befürchten, dass diese Kunstform durch eine Flutung für immer verloren geht.

Die Mahas-Region ist archäologisch noch relativ unerforscht. Untersuchungen der Universität von Khartum haben hier 690 archäologische Stätten dokumentiert, die alle Perioden der menschlichen Geschichte widerspiegeln. Viele der Fundstätten sind außergewöhnlich gut erhalten und einzigartig in ihrer Erscheinung. In Kajbar und Sabu etwa finden sich am Flussufer befindliche Malereien, die die letzten intakten Beispiele einer charakteristischen nubischen Felsmalerei darstellen, die ansonsten durch den Nasserstausee überflutet wurden. In der Mahas-Region liegt zudem Kerma, die älteste und größte Stadt Afrikas außerhalb Ägyptens. Die Forscher der Universität Khartum fanden hier über 55 archäologische Fundstätten. Das Besondere an der Stadt sind die zahlreichen, aus ungebrannten Ziegeln errichteten Gebäude, die bekannt sind als „West-Deffufa“. Kerma unterscheidet sich von den zeitgleichen Kulturen insbesondere durch seinen Begräbniskult, in dem Menschenopfer dargebracht wurden. In der Stadt gibt es einen riesigen Friedhof mit mehr als 2.000 Gräbern.

Für die Kritiker ist das Kajbar-Projekt Teil einer Arabisierung- und Islamisierungspolitik. Die Regierung glaube, die Nubier seien keine guten Muslime. Viele nubische Traditionen, wie etwa animistische Elemente im Glauben, und soziale Strukturen, so z.B. die starke gesellschaftliche Stellung der Frau, haben den Islamisierungsprozess ab dem 14. Jahrhundert überdauert.

Die Nubier sind sehr stolz auf ihre Geschichte und Kultur und begreifen sie als einen sehr wichtigen Teil der gesamten Menschheitsgeschichte. Durch die Flutung der letzten besiedelten nubischen Gebiete fürchten sie ihrer Vergangenheit beraubt zu werden. Dass sie eine starke Bindung an ihre Heimat haben, zeigt nicht zu letzt der erbitterte Widerstand gegen die Staudammprojekte, der von Nubiern in der Diaspora geleistet wird.

Bereits lange vor 1960 arbeitete ein Großteil der männlichen Nubier in Kairo, Khartum oder anderen großen Städten, kehrte aber immer wieder in die Heimat zurück. Als Hüterinnen der Traditionen und sozialen Bande, vermitteln die Frauen die traditionellen nubischen Sprachen an ihre Kinder weiter.

Durch die Zwangsumsiedlungen in Gebiete fernab der Heimat, die Zerstreuung der Bevölkerung und die Zwangsarabisierung leiden besonders die traditionellen Sprachen enorm. In den entlegenen Umsiedlungsgebieten büßen die betroffenen Menschen außerdem ihren engen Bezug zum Nil ein. Der Fluss bildet seit Jahrtausenden das Zentrum des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Nubier: als religiöse Stätte, an der Taufen, Hochzeiten und Segnungen stattfinden, sowie als Wasserlieferant und Produzent von fruchtbarem Schlamm für die Landwirtschaft. Eine wichtige wirtschaftliche Grundlage für die Nubier stellen vor allem ihre Dattelpalmenhaine dar. Darüber hinaus hat die Dattelpalme auch eine besondere kulturelle Bedeutung. Es ranken sich verschiedene Märchen und Erzählungen um sie, die von Generation an Generation weitergegeben werden. Auch Rezepte zur Verarbeitung der Datteln bilden ein wichtiges Kulturgut der Nubier. All dies droht mit der Flutung und der einhergehenden Zerstörung von Millionen Dattelpalmen in Vergessenheit zu geraten.

### **Die Menschen fürchten Zugang zu Wasser, Nahrung, Bildung und Gesundheitsversorgung zu verlieren**

Der Kajbar-Damm soll 300 Megawatt Energie liefern, welche größtenteils der Entwicklung Khartums zu Gute kommen sollen. Die chinesische Regierung übernimmt 75% der Finanzierung und hat bereits 200 Millionen US-Dollar in das Projekt investiert. Am Projekt beteiligt sind die staatlichen Unternehmen *Sudanese Kajbar Hydroelectric Company* und seitens China die *International Water and Electricity Company* und die *Machinery Export and Import Company*.

Da von offizieller Seite aus eine drohende Evakuierung von großen Menschengruppen in Folge des Baus des Kajbar-Damms verneint wird, wurden den Betroffenen bislang keine Umsiedlungspläne präsentiert. Auch ansonsten mangelt es an jeglichen Partizipationsmöglichkeiten am Projekt. Im Januar 2007 beobachteten die Bewohner Sabus, einem Dorf in der Kajbar-Region, erstmals ungewöhnliche Ereignisse: ein Helikopter besetzt mit einem Team aus Chinesen und Sudanesen landete in der Nähe ihrer Siedlungen. Von den Anwohnern auf ihr Vorhaben angesprochen, behaupteten sie, es solle ein Hotel in der Gegend gebaut werden. Im Anschluss an diese

Beobachtungen gründeten die Bewohner Sabus das *Rescue Nubia and Oppose Kajbar Committee*, dessen Vertreter sich im folgenden Monat mit dem Gouverneur des sudanischen Nordstaates trafen. Dieser gab vor, keine Informationen über die Ereignisse in Sabu zu haben. Um Klarheit über die aktuellen Geschehnisse zu bekommen, vereinbarte das Komitee ein Treffen mit dem Chefsingenieur des Projekts. Dieser erklärte am 22. März 2007, dass sein Team lediglich Machbarkeitsstudien vor Ort durchführe.

Des Weiteren unterzeichnete er ein Abkommen mit dem Komitee, dass keine Bauarbeiten vorgenommen werden würden. Am selbigen Tag informierte er den Vorsitzenden des Komitees, Izzaddin Idris, über sein Vorhaben, 21 Bohrlöcher an den Seiten des Nils graben zu lassen. Entgegen des Abkommens wurden am folgenden Tag schwere Arbeitsgeräte vor Ort gebracht und beim Transport die Felder mehrerer Bauern beschädigt. Das Komitee sandte daraufhin einen Brief an den Chefsingenieur mit der Forderung, die Aktivitäten sofort zu stoppen und die Maschinen von den Feldern abziehen. Der Chefsingenieur kam der Aufforderung zum Stopp der Arbeiten vorübergehend nach, die Geräte verließen aber auf den Feldern. Am 27. März 2007 begann die Ausgrabung eines Bohrlochs.

### **Brutale Unterdrückung des Widerstands**

Die ansässigen Menschen bilden eine starke Opposition gegen den Bau und haben sich in verschiedenen Widerstandsgruppen formiert. Als am 10. April 2007 Mohamed Sadig Alkarouri, ein Vertreter der Dammbehörde, das Dorf Farreig besuchte, erwartete ihn eine Demonstration von bis zu 20.000 Menschen. Er versprach dabei der wütenden Masse, dass der Damm nicht gebaut werden würde, so lange die Bevölkerung das Bauvorhaben ablehnt. Das *Rescue Nubia and Oppose Kajbar Committee* setzte ihm anschließend ein 72-Stunden Ultimatum, um die chinesischen Bauarbeiter mit ihren Geräten abziehen zu lassen. Alkarouri versprach, dieser Forderung nachzukommen. Wenige Tage später stellte sich dies aber als leere Versprechung heraus.

Um ihrer Enttäuschung und Frustration darüber Ausdruck zu verleihen, fand am 15. April 2007 eine zweite Demonstration der betroffenen Bevölkerung statt. Zwischenzeitlich hatte die sudanesisische Regierung den Telefondienst vor Ort einstellen lassen. So sollte eine Verständigung und Koordination der Demonstranten untereinander vermieden werden. Außerdem wollte man sie vom Rest der Welt und von ihren Landsleuten im Ausland isolieren. Als Reaktion auf eine vermehrte Präsenz von Polizei und Militär fand am 17. April 2007 eine dritte Demonstration statt, in deren Folge noch mehr Polizeitruppen in die Region ausgesandt wurden.

Eine Woche später versammelten sich die Betroffenen zu einer weiteren großen Demonstration in Sabu. Während die Demonstranten auf das Baugelände zusteuerten, feuerte die Polizei Tränengas ab und malträtierte die unbewaffneten Zivilisten mit Schlagstöcken. Vier Menschen wurden dabei teils schwer verletzt. Aus Wut über die Geschehnisse und die zügellose Gewalt nahmen Demonstranten 37 Polizisten als Geisel. Diese wurden nach Verhandlungen wieder frei gelassen.

Mittels eines Memorandums wollten die Bewohner der Kajbar-Region am 9. Mai 2007 Präsident Al-Bashir ihre vollkommene Ablehnung gegen den Staudambau deutlich machen. Als Presseberichten zu Folge 80 Soldaten zur Überwachung der Baumaterialien

in die Gegend entsandt werden sollten, beklagte ein Vertreter des Komitees, dass die Eskalation der Geschehnisse die Einreichung des Memorandums verzögern würde. Darüber hinaus erwartete das Komitee ein großes Sicherheitsproblem, wenn die Baumaterialien und -geräte nicht endlich abgezogen werden würden.

Im Gedächtnis bleibt besonders der 13. Juni 2007. An diesem Tag endete eine Demonstration in Farreig in einem Blutbad. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Demonstranten, und vier Menschen wurden getötet, sowie 13 weitere verletzt. Um dem Tränengas der Sicherheitskräfte zu entgehen, mussten viele Demonstranten sich in den Nil stürzen. Der 28-jährige Sheik Adeen Haj Ahmed wurde in den Hinterkopf geschossen als er sich wieder ans Ufer zog. Die Morde an den vier Demonstranten wurden nicht juristisch aufgearbeitet und das Thema unterliegt einer massiven Zensur in den sudanesischen Medien.

Der nationale Geheimdienst ließ als Folge des Protests beinahe vierzig nubische Demonstranten, mindestens fünf Journalisten, zwei Anwälte und einen Universitätsdozenten willkürlich verhaften. Sie hatten versucht, die Gegend zu bereisen, um von den Gewalttätigkeiten vor Ort zu berichten. In Folge der Ereignisse vom 13. Juni 2007 kam es zur verstärkten Entsendung von Regierungsgruppen in die Gegend. Im Anschluss daran berichteten Frauen vermehrt von sexueller Belästigung, körperlicher wie verbaler. Auch Männer wurden Opfer von Bedrohungen und von den Sicherheitskräften eingeschüchtert, in dem etwa ihre Wasserpumpen in den Nil geworfen wurden.

Die Spannungen in der Kajbar-Region fanden kein Ende. Es wurde berichtet, dass die Behörden erhöhte Sicherheitsmaßnahmen einführten, indem beispielsweise eine Ausgangssperre auferlegt wurde. Außerdem soll die Regierung ein Militärcamp mit beinahe 400 Soldaten in der Nähe von Sabu errichtet haben, um die chinesischen Bauarbeiter vor Übergriffen der aufgebrachten Bevölkerung zu schützen. Die Soldaten patrouillierten mit Gewehren über der Schulter und schüchterten die Bewohner mit ihrer Präsenz massiv ein.

Am 20. Juli 2007 wurde Osman Ibrahim, Sprecher des *Popular Committee against the Kajbar Dam* ohne Haftbefehl in seinem Haus festgenommen und in das 600km entfernte Dabak Gefängnis im Norden Khartums gebracht, wo er bis zum 19. August 2007 festgehalten wurde. Ende August wurden neun weitere Mitglieder des Komitees festgenommen. Acht dieser Aktivisten wurden am 13. September 2007 wieder freigelassen. Zwei unabhängige Journalisten, die die willkürliche Festnahme ihrer Kollegen in Folge der Ereignisse am 13. Juni in Farreig öffentlich anprangerten, wurden am 17. November 2007 von einem Gericht in Khartum für elf Tage in das Odurman Gefängnis geworfen.

In den frühen Morgenstunden des 6. März 2009 wurde der Anwalt Abdul Hakim Nasr aus dem Dorf Toala von einer bewaffneten Gruppe von elf Männern aus seinem Haus entführt. Zwei Tage zuvor hatte er einen Artikel auf einer Internetseite veröffentlicht, in dem er den internationalen Haftbefehl gegen den sudanesischen Präsidenten Al-Bashir unterstützte. Er sprach sich in diesem Artikel auch für Gerechtigkeit für die vier Toten des Protests am 13. Juni 2007 aus. Wenn diese nicht im Sudan selbst geschaffen werden könne, dann müsse Recht von außen kommen, forderte er.

Abdul Hakim Nasr hatte in Ägypten Jura studiert, war aber in seine Heimat zurückgekehrt, um sich vor Ort aktiv gegen das Dammprojekt einzusetzen. Schon seit seiner Jugend ist er Mitglied im Widerstandskomitee. Als Information Officer ist er zuständig für die Aktualisierung der Website und Kontakte außerhalb des Landes, hauptsächlich mit Exil-Nubiern. Er lebte vor seiner Entführung in seinem Heimatort als einfacher Bauer, hatte Schafe, einen Esel und baute am Nilufer Gemüse und die kulturell so wichtigen Datteln an.

Die Gruppe von Männern brachte ihn, nachdem sie ihn gegen seinen Willen aus seinem Haus getrieben hatte, mit einem Auto in eine abgelegene Gegend südlich seines Heimatdorfes. Mit ihren Waffen im Anschlag drohten sie ihm, dass sie ihn nun umbringen würden, ohne dass irgendjemand etwas davon mitbekäme. Ein Mann der Gruppe, der im Auto saß, schritt ein und sagte, dass sie ihr Opfer ins Gefängnis nach Dongola bringen sollten. Auf dem Weg dorthin hielten sie in der Nähe einer Dorf-Moschee. Während einige zum Gebet gingen, begannen die Zurückgebliebenen Abdul Hakim Nasr zu foltern. Sie übergossen ihn in der Morgenkälte mit Wasser, schlugen ihn mit Rohren und beschimpften ihn.

Nach einigen Stunden Fahrt erreichten sie Dongola und das Gefängnis. Der Gefängnisdirektor fragte Abdul Hakim Nasr, ob er noch einmal einen derartigen Artikel veröffentlichen würde. Als er dies bejahte, drückte ihn der Direktor an eine Wand und drohte ihm, dass sie ihn sofort umbringen und im Hof vergraben könnten und er der fünfte Märtyrer von Kajbar werde. Später bekam er vom Direktor einen starken Schlag auf sein Ohr, woraufhin er für einige Zeit sein Gehör verlor. Ein Ohr ist noch immer durch die Verletzung des Trommelfells geschädigt, wie eine spätere medizinische Untersuchung ergab.

In der folgenden Nacht wurde er die ganze Zeit wach gehalten. Seine Peiniger sagten ihm, er hätte durch seine Regierungskritik eine Grenze überschritten und sie drohten ihm, dass er dies ein weiteres Mal nicht überleben würde. Am nächsten Tag um 10 Uhr brachten sie ihn in eine Zelle. Später beobachtete er, wie ein Student, der sich öffentlich für den Haftbefehl gegen Al-Bashir ausgesprochen hatte, auf dem Gefängnishof vollkommen entkleidet und geschlagen wurde.

Nachdem der Gefängnisdirektor am Telefon mit Abdul Hakim Nasrs Bruder gesprochen hatte und einige Familienmitglieder ihn besucht hatten, wurden die Haftbedingungen besser. Der Direktor kam mehrmals zu ihm und behauptete, er bereue was vorgefallen war. Er bat ihn, zurück zu schlagen, was Abdul Hakim Nasr ablehnte. Sechs Tage nach seiner Entführung wurde er freigelassen. Da er die Todesdrohungen, die wiederholt gegen ihn ausgesprochen wurden, sehr ernst nimmt, entschloss er sich, seine Heimat für immer zu verlassen und im Ausland Asyl zu beantragen. Aktuell befindet er sich schon außerhalb des Sudans.

### **Mangelnde Transparenz und Informationspolitik**

Ein Beispiel für die mangelnde Transparenz und unzureichende Partizipationsmöglichkeiten für die Betroffenen ist auch das geplante Dammprojekt bei Dal. Es gibt diesbezüglich kaum Auskünfte seitens der Behörden und den betroffenen Menschen werden wichtige Informationen vorenthalten. Lediglich in den Bericht der *Dam Implementation Unit (DIU)* zum Kajbar-Damm wurden ein paar Informationen

bezüglich des Bauvorhabens in Dal eingestreut. Kritiker gehen davon aus, dies sei Teil einer Verdunklungstaktik, die die Regierung verfolgt.

Im November 2006 gab der frühere ägyptische Untersekretär der Bewässerungsbehörde bekannt, dass die ägyptische Landwirtschaft aufgrund des hohen Salzgehalts des Nilwassers bedroht sei. Die einzige Möglichkeit dem entgegen zu wirken, sei der Bau eines Staudamms bei Dal. Gut ein Jahr später verkündete der Gouverneur des Nordstaats, dass Machbarkeitsstudien im Projektgebiet durchgeführt werden müssen. Des Weiteren behauptete er, dass der Damm nicht ohne die Einwilligung der betroffenen Leute gebaut werden würde. Im März 2008 hieß es in einem Dokument der *DIU*, dass die Feldstudien schon angefangen hätten und dass sie im August desselben Jahres abgeschlossen werden sollten.

Im Juni 2008 berichteten die Bewohner von Sai Island, dass ein Team der Universität Dongola vor Ort gewesen sei, um ein Gutachten zu den sozialen Auswirkungen des Dammprojekts zu erstellen. Anfänglich wies das Team zurück, dass ihre Studien mit dem Dammprojekt in Verbindung stehen. Als es dies schließlich doch zugab, wurde das Team von den Bewohnern von der Insel gejagt. Selbiges Team erstellte ein Gutachten für das Gebiet von Saadin Fenti (nördliche Mahas-Region) bis Akasha (20km nördlich von Dal). Als Ende August 2008 der Gouverneur des Nordstaats öffentlich bestätigte, dass sowohl der Kajbar-Damm als auch der Dal-Damm gebaut werden sollen, reagierten die Menschen aus den betroffenen Dörfern aufgebracht. Daraufhin wurden einige Demonstranten geschlagen und gefesselt mit auf eine Fähre gezerrt. Dort wurden sie vom Gouverneur befragt und später wieder freigelassen.

Am 4. Oktober 2008 wurden drei führende Oppositionelle aus dem Dorf Farka von der Polizei festgenommen, weil sie eine öffentliche Diskussion zum Dammprojekt organisiert hatten. Die aufgebrachten Dorfbewohner zogen zur Polizeistation, woraufhin die drei Festgenommenen frei gelassen wurden.

Im Januar 2009 erklärte der Gouverneur des Nordstaats, dass für den Bau des Dal-Damms immer noch die Machbarkeitsstudien fehlen. Bezüglich des Baus des Kajbar-Damms sagte er, dass es noch an der Zustimmung der Bevölkerung hapere. Im Widerstand gegen den Dal-Damm hat sich der *Nubische Rat des Widerstand gegen den Bau des Staudamms Dal* gegründet. Sie riefen die betroffenen Menschen zum Zusammenhalt auf und setzen sich für eine bessere Koordination des Widerstands ein. Im Frühjahr 2009 versammelten sich die betroffenen Menschen zu Demonstrationen gegen die Bauleitung.

Neben zehntausenden vertriebenen Menschen droht durch dieses Projekt vor allem auch der Verlust von vielen archäologischen Schätzen. Von einer Überflutung bedroht ist beispielsweise die Insel Sai. Diese war kontinuierlich besiedelt und stellte während der Pharaonenzeit einen wichtigen Handelsposten dar. Auf der Insel finden sich verschiedene archäologische Stätten, die Zeugnisse aus altnubischer, pharaonischer und frühchristlicher Zeit sind. An weiteren Stellen sind Jahrtausende alte Tempelruinen in Gefahr, wie etwa der Tempel von Sdeinga, der von Amenophis III. erbaut und seiner Gemahlin Teje gewidmet wurde. Auch Soleb und Sesebi, die berühmt sind für die Ruinen großer Amuntempel, könnten überflutet werden.

## Al Shereik

Bereits 1993 gab es erste Pläne zur Stromerzeugung bei Al-Shereik, allerdings war zu diesem Zeitpunkt noch nicht von einem Staudamm die Rede. 1996 wollte Dr. Abdul Sami Haidar (Beauftragter der Berber-Provinz), dem chronischen Strommangel mittels an den Katarakten installierten Turbinen beikommen. Im selben Jahr führte das kanadische Unternehmen *Acres International* Machbarkeitsstudien durch. Dieses Unternehmen wurde im Juli 2004 von der Weltbank wegen korrupter Geschäfte bzgl. des *Lesotho Highlands Water Project* in Südafrika abgestraft. Anstatt der Frage nachzugehen, wie Strom durch Turbinen generiert werden kann, lenkte der Report von Acres International die Aufmerksamkeit auf die Stromerzeugung durch einen Staudamm. Diese Idee wurde schließlich vom *River Nile State Government* aufgenommen. 1997 wurde die *River Nile State Electricity Company* gegründet und alle notwendigen Studien in ihre Verantwortung gelegt. Zwei Jahre später waren alle notwendigen Studien vorbereitet. Der Damm soll vier Kilometer lang und 45 Meter hoch werden, sechs Turbinen haben und über ein 369-Megawatt-Kraftwerk verfügen.

Am 1. Juli 2007 wurde der „Aufruf der Futwar“ veröffentlicht, ein Protestschreiben, in dem der Dammbau abgelehnt wurde. Ende des selbigen Monats erschien eine gemeinsame Veröffentlichung der Oppositionsparteien *Democratic Unionist, Umma, Popular Congress, Sudanese Communist Party* und *SPLM/A*. Am 14. Oktober 2007 gab es eine weitere kritische Veröffentlichung der Futwar People Association. In dieser wurde Nutzen und Bedarf eines Staudamms negiert und für Alternativen plädiert. Außerdem wurde Kritik an der mangelnden Transparenz geübt. Im November 2007 brachte die *Futwar People Association* eine neue Veröffentlichung heraus, um alle vom Staudammprojekt betroffenen Menschen zu mobilisieren. Nach einem Treffen mit einigen Futwar hatte der Gouverneur Muhammad Khalifa Osman behauptet, alle Bewohner der Insel Futwar hätten dem Bau des Damms zugestimmt. Um diese Behauptung zu widerlegen, veröffentlichten die Futwar eine Meldung, in der sie den Gouverneur der Lüge anschuldigten und ihm drohten, dies nicht zu wiederholen, da sie sonst zu ernsteren Mitteln greifen würden.

2007 wurde die *River Nile Coalition* als demokratischer Gegenpart zum River Nile State gegründet. Als 2008 der neue Gouverneur Dr. Ahmad al-Majzoub ernannt wurde, richtete die *Futwar People Association* ein Begrüßungsschreiben an ihn, in dem sie ihre ablehnende Haltung dem Staudammbau gegenüber klar machte.

## Europäische Firmen und Universitäten sind an Damm-Projekten beteiligt

Die sudanesisische Regierung vergab 2008 mehrere Aufträge an Wissenschaftler der Technischen Universität München. Peter Rutschmann leistete als Vorstand des Instituts für Wasserbau an Universität Innsbruck schon Vorarbeiten zum Merowe-Damm. Vom 1. Januar 2004 bis zum 30. November 2006 leitete er ein Projekt zur Untersuchung und Optimierung des geplanten Kraftwerks in Merowe. „Wir haben vom Merowe-Auftrag sehr profitiert“, erklärte Rutschmann in einer Pressemitteilung der Universität Innsbruck im Dezember 2005 ([http://www.uibk.ac.at/public\\_relations/presse/texte/2005/dez\\_05/presseaussendung\\_265-2005.html](http://www.uibk.ac.at/public_relations/presse/texte/2005/dez_05/presseaussendung_265-2005.html)).

Mitte Dezember 2005 fand im ICT-Technologiepark der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck ein mehrtägiges Expertentreffen statt, das von der Dam Implementation Unit einberufen wurde. 16 Experten aus dem Sudan, Deutschland und Österreich

beurteilten dabei die hydraulische Funktionsfähigkeit des Merowe-Damms. Laut Pressemitteilung der Universität Innsbruck zeigte sich die sudanesische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Ministers für Bewässerung und Wasserwirtschaft Mohamed Hassan Ahmed El Hadari mit den Untersuchungen des *Instituts für Wasserbau (IWI)* sehr zufrieden und sprachen sich für eine weitere Zusammenarbeit mit der *LFU* Innsbruck aus, da in den nächsten Jahren 17 weitere Wasserkraftprojekte im Sudan durchgeführt werden sollen. Außerdem wurde vereinbart, dass die vom IWI konstruierten Versuchsmodelle in vier Schiffscontainern in den Sudan transportiert werden sollen. Dort sollen sie einheimischen Wasserbauingenieuren und –studenten zur Verfügung gestellt werden. Außerdem plant das *IWI* Schulungen vor Ort durchzuführen. Auch das Wasserbaulabor, welches in unmittelbarer Nähe zum Staudamm errichtet wird, werde vom *IWI* geplant.

Auch ein Team der Technischen Universität München (TU) ist an der Planung des Staudammprojekts in Shereik beteiligt. In den Experimentierhallen der Versuchsanstalt für Wasserbau und Wasserwirtschaft in Oberrach arbeiten die Forscher an einer Kraftwerkanlage für den Damm. An Modellen untersuchen sie die Druck- und Strömungsverhältnisse und optimieren die Form der Bauteile zusätzlich durch Simulationen am Computer

([http://portal.mytum.de/pressestelle/tum\\_mit/2009nr2/20.pdf/download](http://portal.mytum.de/pressestelle/tum_mit/2009nr2/20.pdf/download);  
<http://portal.mytum.de/pressestelle/faszination-forschung/2009nr4/04/download>).

Mitarbeiter der Fugro Austria GmbH aus Österreich haben im Jahr 2007 bohrlochgeophysikalische Messungen für den Shereik-Damm durchgeführt. Ihre Auftraggeber waren das Building and Road Research Institute (BRRI) aus Ghana und die Universität von Khartoum

([http://www.fugroaustria.at/index.php?option=com\\_content&task=view&id=47&Itemid=181](http://www.fugroaustria.at/index.php?option=com_content&task=view&id=47&Itemid=181)).

Das Schweizer Unternehmen GeoExpert AG Schweiz hat im Auftrag des sudanesischen Ministeriums für Bewässerung und Wasserressourcen von Oktober 2007 bis Februar 2008 die EDV der hybridseismischen Baugrunderkundung in der Umgebung des Staudamms Shereik durchgeführt

(<http://www.geoexpert.ch/de/ref/engi.php?pageno=1&grpperpage=509>).

Auch Lahmeyer International ist nach eigenen Angaben in das Shereik-Projekt involviert. Das Unternehmen aus Deutschland hat für dieses Wasserkraftprojekt die Durchführbarkeitsstudien und die internationalen Ausschreibungsunterlagen erstellt und führt derzeit die Auswertung der Angebote durch

([http://www.lahmeyer.de/de/news/einzelansicht/news/sudan\\_das\\_shereik\\_wasserkraftprojekt/back/113/?tx\\_ttnews\[year\]=2009&cHash=04a2955cda](http://www.lahmeyer.de/de/news/einzelansicht/news/sudan_das_shereik_wasserkraftprojekt/back/113/?tx_ttnews[year]=2009&cHash=04a2955cda)).

## 6. Beja im Ostsudan fordern Rechte

Der Osten des Sudan gilt ähnlich wie Darfur und der Südsudan als besonders vernachlässigte Region. Es ist eine der ärmsten Gegenden des Landes und doch von immenser strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung für den Staat Sudan. Denn alle Öl-Exporte des Landes, die rund 90 Prozent der Handelsausfuhr des Sudan ausmachen, werden über Port Sudan, den bedeutendsten sudanesischen Hafen am Roten Meer,

abgewickelt. Eine Pipeline verbindet Port Sudan mit den Ölförderregionen im Südsudan. Die Sicherung dieser Pipeline im Ostsudan gilt als strategisch bedeutsam, da die Ölförderung von enormer wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Rund vier Millionen Menschen leben in dem 336.000 Quadratkilometer großen Gebiet der drei Bundesstaaten Rotes Meer, Kassala und Gdaref. Die muslimische Gruppe der Beja gilt mit rund 2,4 Millionen Menschen als die größte ethnische Gemeinschaft im Osten des Sudan. Die Konflikte in Darfur und im Südsudan überschatten die Lage in der von Dürre- und Flutkatastrophen immer wieder schwer gezeichneten Region, in der auch noch zehntausende Flüchtlinge aus dem Nachbarland Eritrea Zuflucht gesucht haben. Obwohl der Ostsudan eine der bedeutendsten landwirtschaftlichen Regionen des Landes ist und reiche Erdgas-, Gold- und andere Mineralienvorkommen besitzt, gilt die Bevölkerung als bitterarm. Nur drei Prozent der Bewohner können lesen und schreiben. Aufgrund der Folgen des Klimawandels mussten viele Nomaden ihre Herden aufgeben und suchten in den wenigen größeren Städten der Region Arbeit.

### **Kritik an Wahlfälschung**

Als Ende April 2010 zum ersten Mal seit 24 Jahren im Sudan Parlamentswahlen stattfanden, gab es auch im Ostsudan zahlreiche Unregelmäßigkeiten in Wahllokalen. So kritisierten die Oppositionsparteien *Beja Congress* und *Democratic Congress*, dass Wahlurnen während des Wahlvorgangs willkürlich von Anhängern der Regierungspartei *National Congress Party (NCP)* geleert wurden und dass Wahlbeobachter der Wahllokale verwiesen wurden. Eine Szene des Wahlbetrugs wurde sogar in einem Videofilm festgehalten und später auf der Internetplattform Youtube ausgestrahlt.

So wundert es nicht, dass Parteien, die die Interessen der Beja und anderer im Osten des Landes lebender Völker vertreten, dem Bashir-Regime Wahlfälschung vorwerfen und die Abstimmungsergebnisse nicht anerkennen. Trotz seiner Beliebtheit in der Region gelang es dem *Beja Congress* nur, sich einen Sitz im Regionalparlament des Bundesstaates Rotes Meer zu sichern. Im nationalen Parlament ist diese bedeutende Partei aufgrund der Wahlfälschungen nicht vertreten.

Die Verbitterung über die Wahlmanipulationen ist groß im Osten des Sudan, hatte sich der *Beja Congress* vor den Wahlen doch offiziell mit der Regierungspartei *NCP* verbündet. Schon dieser Beschluss war den Beja nicht leicht gefallen, sind doch die Hoffnungen auf mehr Frieden, Menschenrechte und Wohlstand seit der Beendigung des bewaffneten Freiheitskampfes im Jahr 2006 nicht in Erfüllung gegangen.

### ***Beja Congress* fordert Rechte**

Jahrzehntelang leisteten die Beja friedlichen Protest gegen die systematische Vernachlässigung ihrer Region durch die sudanesischen Regierung. Im Jahr 1958 gründeten sie den *Beja Congress* als politische Vertretung. Die Gruppe wurde im Jahr 1965 als politische Partei registriert und gewann auf Anhieb zehn Sitze im nationalen Parlament. Gemeinsam mit den anderen vernachlässigten Regionen Südsudan, Darfur und Nuba-Berge engagierten sie sich für mehr Rechte für die Regionen und für ein Ende des Völkermords im Südsudan. Nach dem Militärputsch von Omar Hassan al-Bashir und der *National Islamic Front (NIF)* im Jahr 1989 ließen die neuen Machthaber den aus dem Volk der Beja stammenden Gouverneur der Ost-Region und mehr als 220 Soldaten und Offiziere aus dem Ostsudan wegen eines Putschversuchs hinrichten. Die Exekution

wurde von den Beja als Massaker und Angriff auf ihre ethnische Gruppe empfunden. Noch unbeliebter machte sich das neue Militärregime, als es im Jahr 1990 begann, große fruchtbare Ackerflächen zu enteignen, um das Land regierungsnahen Investoren und Regierungsmitgliedern zur Verfügung zu stellen. Zwangsrekrutierungen für regierungsfreundliche Milizen sowie zunehmende Spannungen zwischen dem Sudan und dem Nachbarland Eritrea verschärften weiter die Lage im Ostsudan.

### **Bewaffneter Freiheitskampf**

Schließlich griff der *Beja Congress* im Jahr 1996 zu den Waffen und machte mit Angriffen auf Hauptverkehrsstrassen und einem Aufstand unter Armee-Offizieren auf den wachsenden Unmut der Bevölkerung aufmerksam. Weitere Freiheitsbewegungen bildeten sich und kämpften gemeinsam mit der südsudanesischen *SPLM/A* und der *National Democratic Alliance (NDA)* gegen die Militärregierung. Im Jahr 2005 schloss sich der *Beja Congress* mit der Freiheitsbewegung *Rashaida Free Lions* zur *Ostfront* zusammen. Mehrfach griff der *Beja Congress* auch die durch die Region führende Ölpipeline an und erregte damit besonderen Unmut in Khartum.

Der Januar 2005 wurde zu einem Schicksalsmonat für die Beja. Denn zu ihrem Leidwesen wurde der Ostsudan im Umfassenden Friedensabkommen (CPA) zwischen der sudanesischen Regierung und der *SPLM/A* weitestgehend ausgespart. Die Beja fühlten sich gänzlich vergessen von der internationalen Staatengemeinschaft und von ihren sudanesischen Partnern. Geschürt wurde die Verbitterung noch durch ein Massaker in Port Sudan. Als friedliche Demonstranten am 29. Januar 2005 vom Gouverneur in der Region eine Antwort auf eine Liste von Forderungen verlangten, die sie ihm vier Tage zuvor überbracht hatten, eröffnete die Polizei das Feuer auf die Beja und erschoss 25 Menschen. Mehr als 150 Angehörige des *Beja Congress* wurden landesweit verhaftet und gefoltert.

### **Enttäuschender Frieden**

Da zugleich auch der Völkermord in Darfur eskalierte und die Regierung einen Krieg an mehreren Fronten vermeiden wollte, zeigte sich die sudanesische Führung nach dem Massaker von Port Sudan kompromissbereiter. So stellte sie mehr Geld für Entwicklungsvorhaben zur Verfügung und nahm schließlich Friedensverhandlungen mit den Beja auf. Unter Vermittlung Eritreas schloss die sudanesische Regierung am 14. Oktober 2006 mit der *Ostfront* das Friedensabkommen für den Ostsudan (ESAP). Im Gegenzug wurde der Vorsitzende des *Beja Congress*, Mussa Mohammed Ahmed, im Jahr 2007 zum Berater des sudanesischen Staatspräsidenten ernannt. Das Bashir-Regime versprach mehr Entwicklung und Förderung für den Ostsudan. Doch die versprochenen Gelder brachten keine spürbare Linderung der Armut. Auch blieben die Verantwortlichen des Massakers von Port Sudan bis heute straffrei.

So ist die Lage im Ostsudan bis heute sehr angespannt. Solange die sudanesische Zentralregierung der lange vernachlässigten Region nicht ernsthaft mehr Hilfe und mehr Autonomie einräumt, sind die Chancen für einen dauerhaften Frieden im Osten des Sudan gering.

## 7. LRA-Terror schürt Gewalt im Südsudan

Mehr als 80.000 Südsudanesen mussten seit dem Jahr 2005 vor der Gewalt der Terrorbewegung *Widerstandsarmee des Herrn* (*Lord's Resistance Army, LRA*) fliehen. Hunderte Südsudanesen fielen Morden und Überfällen der ursprünglich aus Norduganda stammenden *LRA* zum Opfer, ganze Dörfer wurden von den Rebellen niedergebrannt und hunderte südsudanesischen Jugendliche zwangsrekrutiert. Im Osten des Kongo ermordete die *LRA* seit Dezember 2007 sogar mehr als 2.000 Zivilisten und ist für die Vertreibung von 320.000 Menschen verantwortlich.

Die *LRA* entstand im Jahr 1987 im christlich geprägten Norduganda und gab vor, sich für die Rechte der bedrängten Angehörigen der Volksgruppe der Acholi sowie für die Umsetzung der Zehn Gebote einzusetzen. Seit Beginn der 80er-Jahre war der Bürgerkrieg im Norden Ugandas eskaliert, nachdem die Acholi und andere Volksgruppen in Norduganda jahrzehntelang vergeblich ihre Diskriminierung durch die Behörden Ugandas beklagt hatten. Doch seit Mitte der 90er-Jahre verlor die *LRA* immer mehr Rückhalt unter der Bevölkerung Nordugandas, weil sie zwangsweise Kinder und Jugendliche als Kindersoldaten rekrutierte und mit Massakern und beispiellosem Terror Angst und Schrecken unter der Zivilbevölkerung erregte. Mehr als 10.000 Kinder wurden von der *LRA* in Norduganda zwangsrekrutiert. Führende *LRA*-Kommandeure werden wegen Kriegsverbrechen per Haftbefehl vom *Internationalen Strafgerichtshof* gesucht. Verschiedene Regierungen erklärten die *LRA* zur Terrorbewegung.

### Khartum half *LRA*-Rebellen

Der *LRA*-Führer Joseph Kony hat niemals geaugnet, dass seine Bewegung Unterstützung von der sudanesischen Regierung erhielt. „Wir halfen den Arabern, um ihren Krieg im Süden (des Sudan) zu führen, während sie uns unterstützten, um gegen die Museveni-Regierung zu kämpfen“, erklärte Kony in einer Video-Botschaft im Jahr 2005 (*Reuters*, 10.9.2009). Tatsächlich haben sich die Regierungen beider Staaten regelmäßig gegenseitig destabilisiert, in dem jeweils Freiheitsbewegungen im Nachbarland gefördert wurden. So nutzte die *LRA* jahrelang ihre Rückzugsbasen im Südsudan für Angriffe und Überfälle in Norduganda.

Schwierig wurde die Lage für die Rebellenbewegung nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens für den Südsudan im Januar 2005 und der Einsetzung einer südsudanesischen Regionalregierung. Denn die südsudanesische Freiheitsbewegung *SPLM/A* war nicht gewillt, den Terror der *LRA* im Südsudan und in Norduganda länger zu akzeptieren. Auch in Norduganda nahm der militärische Druck auf die *LRA* im Jahr 2005 deutlich zu, so dass die Terrorbewegung ihren Schwerpunkt der Aktivitäten in den Osten des Kongo und in die Zentralafrikanische Republik verlegte.

Nach der Unterzeichnung eines Waffenstillstandes mit der Regierung Ugandas begannen im Juli 2006 im Südsudan unter Vermittlung der südsudanesischen Regionalregierung Friedensverhandlungen zwischen der *LRA* und der Regierung in Kampala. Mehr als zwei Jahre verhandelten die Bürgerkriegsparteien, doch die *LRA*-Führung stellte immer neue Bedingungen für eine Niederlegung der Waffen. Nach neuen Terror-Überfällen der Rebellen griff die *SPLM/A* schließlich Ende des Jahres 2008 die *LRA* militärisch an. Zuvor hatte die UN-Sonderberichterstatterin für den Sudan, Sima

Samar, bereits die südsudanesische Regionalregierung für den mangelnden Schutz der Zivilbevölkerung vor Übergriffen der *LRA* kritisiert.

Zwar zog sich die *LRA* darauf hin stärker in den Kongo zurück, doch ihre Übergriffe auf die Zivilbevölkerung im Südsudan endeten nicht. Auch in Darfur wurden *LRA*-Einheiten zu Beginn des Jahres 2010 geortet. Viele Südsudanesen befürchten, die sudanesische Regierung könne erneut die *LRA* benutzen, um mit ihrem Terror eine Volksabstimmung über die Zukunft des Südsudan zu verhindern. Ehemalige *LRA*-Kämpfer beschuldigen die Terrorbewegung, auch heute noch Unterstützung von Khartum zu erhalten (*New Vision*, 5.4.2010). Dies würde erklären, warum es der internationalen Gemeinschaft trotz intensivster Bemühungen bislang nicht gelungen ist, die militärisch stark bedrängte *LRA* zu zerschlagen. Für Frieden und Menschenrechte im Südsudan ist die Terrorbewegung eine große Gefahr. Ohne eine systematische Entwaffnung und Wiedereingliederung der *LRA*-Kämpfer droht dem Südsudan akute Gefahr von der Terrorbewegung.

